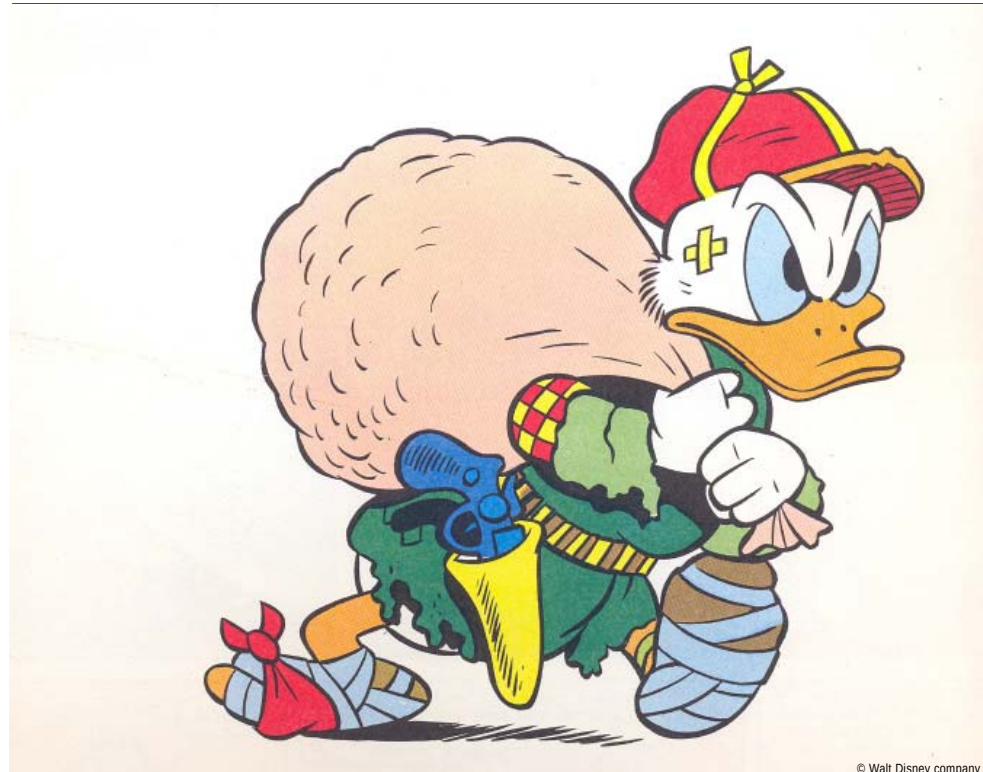




© Walt Disney company

Aus dem Inhalt:

Wissengesellschaft

Betriebswirtschaft und
Non-Profit-Organisationen

Lissabon-Vertrag und
Bioethik

Österreich, die EU und
der Neoliberalismus

Nationalismus im
Kaiserreich

Antisemitismus-
Forschung

Foucault-Handbuch

NPD-Verbot

Werden wir alle Unternehmer?

Hans Uske

„Der Unternehmer“ war einmal ein umstrittenes Wesen. Einerseits Garant dafür, dass die Freie Marktwirtschaft „Wohlstand für alle“ (Ludwig Erhard) produzierte, andererseits aber auch ein ständiges Ärgernis, weil er für soziale Missstände verantwortlich gemacht wurde.

Viele wollten ihn bändigen, einige sogar abschaffen. Wer in den 70er Jahren rhetorisch gegen die Unternehmer zu Felde zog, konnte sicher sein, dass die negativen Konnotationen, die diese Herren umgaben, ihm einen Teil der Argumentationslast abnahmen. Denn vor dem inneren Auge erschien ein parasitäres Wesen, das sich von der Ausbeutung seiner Arbeiterinnen und Arbeiter ernährt, häufig in Form eines dicken Mannes mit Zigarre.

Dieses Bild hat sich gründlich gewandelt. Wer heute die entsprechende Funktion im Sozialdiskurs bezeichnen will, muss zu anderen Figuren greifen, etwa der „Heuschrecke“ oder dem „gierigen Manager“. Unternehmer (und jetzt auch Unternehmerinnen), Unternehmertum, unternehmerisches Denken haben sich mehr und mehr in positive Institutionen und Eigenschaften verwandelt, quer durch alle politischen Lager und verbunden mit positiv besetzten Begriffen wie „Selbständigkeit“ bzw. „Neue Selbständigkeit“. Was ist geschehen?

Im Folgenden geht es um Veränderungen in der Arbeitswelt, Mega-Trends in der Wirtschaft und um die Geschichte verschiedener darauf bezogener Diskurse, die unseren Blick auf „Unternehmer“ verändert haben, und schließlich um die Frage: Werden wir alle Unternehmer, ausgestattet mit einem „unternehmerischen Selbst“?

Fortsetzung auf Seite 8

Impressum:

Das DISS-Journal
wird
herausgegeben vom
Duisburger Institut für
Sprach- und Sozial-
forschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg
Tel.: 0203 / 20249
Fax: 0203 / 287 881
e-mail: [info@diss-
duisburg.de](mailto:info@diss-
duisburg.de)
[http://www.uni-
duisburg.de/DISS](http://www.uni-
duisburg.de/DISS)

Druck:
Rosch Buch-
druckerei, Scheßlitz

Das Strittige einer Wissensgesellschaft

Klaus Gloy

Der Ausdruck *Wissensgesellschaft* stammt ursprünglich aus den Bereichen „Wissenssoziologie“ und „Analyse der Gesellschaftsformation“ und charakterisiert eine Epoche nach der Industriegesellschaft. Aber früh argwöhnnten Kritiker, dass es sich bei diesem Ausdruck – nach einer „Risikogesellschaft“ und nach einer „Erlebnisgesellschaft“ – womöglich nur um eine neue schnelllebige Deutungsmode handelt, die schon bald wieder durch eine andere abgelöst sein wird. Und die prompte Übernahme dieser Bezeichnung in politischen Debatten und die Relevanz, die ihr v.a. im Bereich schulischer und universitärer Reform-Überlegungen zugeschrieben wurde, haben den Eindruck, dass es sich um ein wohlfeiles Schlagwort handelt, ebenfalls eher verstärkt als zerstreut.

Allerdings: auch Schlagworte zeitigen gemäß dem Thomas-Theorem Wirkungen: if men define situations as real, they are real in their consequences. Und zu diesen Wirkungen zählt insbesondere, dass der *Bildungsauftrag* von *Bildungseinrichtungen* in den derzeit vorherrschenden Debatten und Maßnahmen verengt wird auf *Wissensspen*sen und *Fertigkeiten* (Kompetenzen). Mehr noch: Bildung degeneriert häufig zu einer Heuchelei, „dann nämlich, wenn sie [...] nicht mehr als ein Fitnessprogramm für die Bedienung der Wirtschaft darstellt.“¹

Damit ist die Tür zu einer äußerst vielschichtigen Problematik aufgestoßen. Es geht dabei letztlich um die Frage nach dem Verhältnis von Bildung und Wissen (z.B. als eines der Synonymität, des wechselseitigen Ausschlusses oder der Implikation) und der Zeitgemäßheit, überhaupt danach zu fragen. Nicht dieses aber mache ich hier zum



Thema, sondern eine Vorstufe jener Problematik, nämlich die Janusgesichtigkeit des Konzepts *Wissensgesellschaft*.²

Kennzeichen der *Wissensgesellschaft* (in ungewichteter Reihenfolge):

- a) Eine Wissensgesellschaft gründet in allen ihren Tätigkeiten auf Wissen und dessen Austausch; man sagt deshalb, sie sei *wissensbasiert* (Arbeiten, die von Informationen statt Wissen sprechen, nennen sie deshalb auch *Informationsgesellschaft*).
- b) Das Wissen wird in der Wissensgesellschaft zur zentralen Produktivkraft und zur Ware.
- c) Die Wissensgesellschaft schreibt dem Wissen eine fast uneingeschränkte Kapazität zu, Probleme zu lösen.
- d) Die Wissensvermittlung der Wissensgesellschaft basiert auf den neuen Medien Computer und Internet. Solche Basierung kann sowohl zur Demokratisierung als auch in eine neue Monopolisierung von Wissen führen.

zu a):

Natürlich gilt für alle Gesellschaftsformen, dass sie sich mithilfe von Wissen produzieren und reproduzieren; sie haben dafür auch Traditionen der Weitergabe (ein Schul- und Ausbildungswesen) entwickelt und mehr oder weniger fest umrissene (normierte) Bestände dessen, was weitergegeben werden soll („Lehrpläne“). Das allein kann also nicht das Kennzeichen einer Wissensgesellschaft sein.

Mit „Wissensbasierung“ wird etwas Spezielleres angesprochen; man meint damit, dass Tätigkeiten und Handlungsanleitungen zunehmend mithilfe von *Fachwissen* begründet und gestaltet werden.

Von einer „Verwissenschaftlichung der Tätigkeiten“ kann man allerdings nur dort sprechen, wo das Fachwissen von Wissenschaften und Technologie zur Verfügung gestellt wird. Hier scheint am Primat der Wissenschaft als Erkenntnisquelle nicht gerüttelt zu werden. Ob das aber auch für die Menge der Wissen vermittelnden Dienstleistungen zutrifft, die heute im Beratungssektor zu beobachten sind, erscheint eher zweifelhaft und vollends, ob die dort angestrebten schnellen praktischen Lösungen den Standards der wissenschaftlichen Wissensgewinnung genügen. Die paradoxe Folge der Wissensbasiertheit ist also: Einerseits dringt Fachwissen zunehmend in Alltagsbereiche ein, andererseits wird es umgestaltet und dabei seines Ursprungs entkleidet oder es speist sich gar aus Bereichen, die als Fachwissen nicht offiziell anerkannt sind, wie z.B. das astrologische „Fachwissen“.

Ein Strittiges der Wissensgesellschaft ist deshalb: Gebührt dem durch Wissenschaft gewonnenen Wissen weiterhin ein Monopolstellung oder hat es diesen Gültigkeitsanspruch verloren; ist das wissenschaftlich gewonnene Wissen also weitgehend delegitimiert – z.B. zugunsten schneller Lösungen, die

¹ Manfred Prisching: Bildungsideologien. Ein zeitdiagnostischer Essay an der Schwelle zur Wissensgesellschaft. Wiesbaden 2008, 30.

² Aber nicht einmal dieser Janusgesichtigkeit werde ich (aus Platzgründen) in der Komplexität, in der Franz Januscek und ich sie derzeit miteinander diskutieren, gerecht. Ihm danke ich an dieser Stelle herzlich für den fruchtbaren Streit.

sich praktisch bewährt haben, oder Lösungen, die gar nicht traditionell basiert sind?

zu b):

Das Wissen einer wissensbasierten Gesellschaft wird nicht mehr wie früher von einer geistigen Elite erzeugt, sondern auf der Agora, dem Marktplatz, verhandelt. Das Bild des Marktplatzes ist Sinnbild eines zweiten Streitpunktes über die Wissensgesellschaft.

Die Rezeption dieses Bildes sollte sich aber nicht von dessen Eingängigkeit verführen lassen: Der Marktplatz steht zwar zum einen für die Öffentlichkeit des Zugangs und für eine demokratische Produktion des Wissens, zum anderen aber auch für die Ökonomie, d.h. für die Regeln, nach denen Waren produziert und veräußert werden.

Einerseits wird Wissen zur Ware und muss – wie zuvor in der Industriegesellschaft die Arbeitskraft – ver- und gekauft werden. Das aber heißt: Aus der Möglichkeit von Wissen als Allgemeingut (Allmende) wird faktisch ein Besitz weniger, z.B. in Form von *rechtlich geschütztem* Wissen oder in Form von *Expertenwissen*. Aus dem ehemaligen Allgemeinwissen „Wie brate ich eine Bulette?“ wird ein Knowhow, das unter einem Markennamen patentiert und (so das franchising) an andere Firmen weitervermietet wird. Anderes Allgemeinwissen – wie z.B. Ratschläge für das gute Benehmen oder für die zu tragenden Kleidungsfarben – wird (z.T. nach gesetzlichen Normen) in professionalisierte Kenntnisse umgewandelt und zu (geschützten) Dienstleistungen gemacht.

Andererseits werden die Zugangsmöglichkeiten zu Wissen nicht nur, wie in den bisherigen Beispielen, kontrolliert, sondern auch geöffnet. Beispiele dafür lassen sich in den zahlreichen Dienstleistungen finden, die man auch ohne formale Qualifizierung ausüben kann; ferner in Projekten wie *Wikipedia*, in denen jede Person zum Mitarbeiter an einer großen Enzyklopädie werden kann, oder in diversen Internet-Foren, sogenannten *chats* und *blogs*. Strittig bleibt allerdings derzeit noch, ob diese Kommunikationsformen die in sie gesetzten

Hoffnungen erfüllen (können), „Politik mit der mouse“ zu betreiben.

zu c):

Die Wissensbasiertheit der Wissensgesellschaft entspringt einer bestimmten optimistischen Einstellung zum Wissen. Diese besagt: Die Unsicherheiten, die wir gelegentlich bezüglich des Erfolgs unserer Handlungen haben, sind vorübergehend und behebbar; sie sind nicht grundsätzlicher Natur, sondern entstehen lediglich durch Lücken im Wissen und verschwinden folglich durch die Erzeugung weiteren Wissens. Sollten sich wirklich einmal unvorhergesehene Folgen einstellen, so werden diese rechtzeitig genug erkannt, um abgestellt oder unschädlich gemacht werden zu können. In diesem Sinne wird z.B. die friedliche Nutzung von Kernkraft verteidigt, glaubt man ansteigende Meeresspiegel mit Deichbaumaßnahmen und Sperrwerken wirkungsvoll bekämpfen zu können oder meint die Ausbreitung genmanipulierten Saatgutes auf Felder mit herkömmlichem Saatgut durch Sicherheitsabstände zwischen den Anbauflächen verhindert zu haben. Kurz: Laut dieser Grundhaltung sind die Folgen menschlichen Handelns, auch etwaige sich ergebende Risiken, jeweils mit Wissen beherrschbar.

Der so bekundete Wissens- und Wissenschaftsoptimismus verhindert aber nicht, dass in der Öffentlichkeit Skepsis und Ängste vor den Folgen menschlichen Handelns weit verbreitet sind. Und diese Sorgen berufen sich in großem Maße ebenfalls auf Wissen, z.B. darauf, dass Nachbesserungen immer nur eine Zeitlang halten oder dass das Aktivieren von noch mehr Wissen die zu behebbenden Unsicherheit oftmals nicht beseitigt, sondern im Gegenteil umso mehr konkurrierende Lösungsvorschläge, also neue Unsicherheit, nach sich zieht. Mit einem Wort: dem Wissenschaftsoptimismus steht die Überzeugung eines prinzipiellen Nichtwissens, das sich durch kein Mehrwissen beseitigen lässt, gegenüber.

Das hier zutage tretende Strittige einer Wissensgesellschaft betrifft deshalb die Alternative: Risiken könnten mit Wissen beherrschbar

Gerhard Hanloser /
Karl Reitter
Der bewegte Marx
Eine einführende
Kritik des
Zirkulationsmarxismus

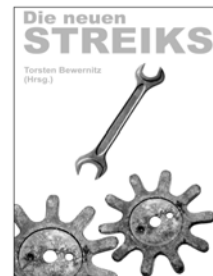
64 Seiten, 7,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-486-1



Georg Schön
Somos viento
[Wir sind der
Wind]
Globalisierte
Bewegungswelten in
Lateinamerika

192 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-033-7

Jens Kastner /
Bettina Spörr (Hg.)
»nicht alles tun«
Ziviler und Sozialer
Ungehorsam an den
Schnittstellen von
Kunst, radikaler
Politik und
Technologie
195 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-481-6

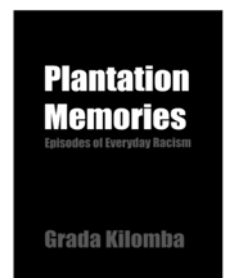


Torsten BERNITZ
(Hg.)
Die neuen Streiks
Geschichte.
Gegenwart. Zukunft.

192 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-480-9

Grada Kilomba
Plantation
Memories
Episodes of Everyday
Racism

152 Seiten, 16 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-485-4



Christian Jakob /
Friedrich Schorb
Soziale Säuberung
Wie New Orleans nach
der Flut seine
Unterschicht vertrieb

228 Seiten, 13,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-484-7

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de





Semra Çelik
**Grenzen und
Grenzgänger.
Diskursive
Positionierungen
im Kontext
türkischer
Einwanderung**

Edition DISS Band 12
ISBN: 978-3897717411
288 Seiten, 20 Euro

In Zeiten von Internet und Globalisierung boomt das Angebot an Identitäten und ein Wechsel zwischen unterschiedlichen Identitätspositionen scheint immer möglich. In Gesprächen mit türkischen Migrantinnen zeigt die Arbeit von Semra Çelik, dass ein Mehr an Angeboten auch ein Mehr an Grenzen bedeuten kann und dass manchmal erst neue Wege zu (er-)finden sind, um diese Grenzen zu überschreiten. Mit den kulturellen Erfahrungen aus dem Herkunftsland im Gepäck mündet das Leben in der Migration in ein Leben von kultureller Andersheit. Diese Andersheit besitzt aber auch gegendiskursive Potentiale für die eigenen Lebenswege, die durch gesellschaftliche Aus- und Abgrenzung verloren gehen können.

Joannah Caborn
**Schleichende
Wende.
Diskurse von
Nation und
Erinnerung bei
der Konstituierung
der Berliner
Republik**

Edition DISS Band 10
ISBN: 978-3897717398
268 Seiten, 24 Euro



Auf der Suche nach nationaler Identität konkurrieren seit der deutschen Einheit 1990 in Politik und Feuilleton Entwürfe von Bonner und Berliner Republiken. Joannah Caborn analysiert die damit einhergehenden Verwerfungen im Diskurs über die Nation und insbesondere über Erinnerung. Schon bei der Konstituierung der Berliner Republik wird das Gebot unterlaufen, sich der NS-Zeit und ihrer Verbrechen zu erinnern. Die Grundsätze, denen zufolge die Bundesrepublik mit Bonn eine quasi nicht-nationale Hauptstadt hatte, werden in Berlin ignoriert oder auf den Kopf gestellt. Eine Analyse der Regierungsarchitektur in Bonn und Berlin kann zeigen, wie der Einfluss des Erinnerungsdiskurses auf die nationale Identität abnimmt. Dabei wird das diskursanalytische Instrumentarium in Richtung einer Dispositivanalyse erweitert. Dass die zuvor viel beschworenen ‚Lehren aus der Geschichte‘ schon beim Start der Berliner Republik derart ins Hintertreffen gerieten, stimmt nachdenklich in Hinblick auf die künftige politische Entwicklung Deutschlands.

gemacht werden vs. Risiken seien letztlich nicht beherrschbar, und deshalb habe eine Gesellschaft nicht in erster Linie zu entscheiden, welches Wissen sie gegen Risiken mobilisieren will, sondern, welches Risiko (und wie viel davon) diese Gesellschaft mit ihrem Handeln auf sich nehmen will.

**„Systematisches
Fachwissen wird –
im Gefolge dieser
veränderten Wis-
sensproduktion – als
verzichtbar darge-
stellt. Wissenschaft-
liches Wissen wird
zum Risikofaktor,
weil es keine Ge-
wissheiten mehr
produziert.“**

zu d)

Die Wissensbasiertheit geht einher mit der Entstehung eines globalen Wissensvorrats; PC und Internet werden die neuen Wissensträger. Das beinhaltet dreierlei:

(i) der *Zugang* zu Wissen ändert sich.

Jede Medienrevolution ändert den Zugang zu Wissen, die Schrift, das Buch, das Internet. Und für jede gilt: Nur jenes Wissen, das in der neuen Mediengestalt vorliegt (also z.B. verschriftlicht, z.B. gedruckt, z.B. als Interneteintrag), bleibt sichtbar und relevant.

Während früher aber das Medium *Schreiben* nur von bestimmten Gruppen gelernt wurde und Bücher nur nach besonderer Ausbildung verstehend gelesen werden konnten und ihr Besitz einigen Reichtum voraussetzte, ist das heutige Medium *Internet* jedem zugänglich – jedenfalls ist der Zugang zu ihm nicht mehr an eine formale Ausbildung oder an besonders hohe Kosten gekoppelt. Allerdings erfordert

es spezielle, keineswegs nur technische Nutzungsfähigkeiten, ohne die die zugänglichen Daten weder interpretiert noch evaluiert werden können, also kaum den Status von Informationen, geschweige denn von angeeignetem Wissen erlangen.

(ii): die *Produktion* von Wissen ändert sich.

Zum primären Fachwissen tritt ein medial vermitteltes Metawissen hinzu. Dieses gilt als „Bedienungswissen“, mit dem das Fachwissen zu einem schnell produzierbaren und reproduzierbaren Wissen umgeformt wird. Es soll in modularer Form verfügbar sein und damit dem Individuum ermöglichen, sich ein persönliches Benutzerprofil zusammenzufügen. Wissen wird damit tendenziell nach Strategien der lokalen Problemdefinition und der schnellen Auswechselbarkeit (Kriterium: die je funktionierende Lösung) aufgebaut.

(iii): der *Umgang* mit Wissen wandelt sich.

Systematisches Fachwissen wird – im Gefolge dieser veränderten Wissensproduktion – als verzichtbar dargestellt. Wissenschaftliches Wissen wird zum Risikofaktor, weil es keine Gewissheiten mehr produziert.

Am Ende die Frage: Ist der zuletzt angesprochene Verzicht auf die Autonomie / Hegemonie der Wissenschaft aus der Enttäuschung zu verstehen, dass die Wissensproduktion der Wissenschaft nicht zu erhofften Gewissheiten führt; als ein Verwerfen jener Kantischen Bestimmung also, dass der Sinn von Wissenschaft sei, gerade die Ungewissheit des Wissens als Prinzip der Wissensproduktion zu institutionalisieren? Diese Frage ist von der Sorge getragen, ob denn zwischen einer dogmatischen Wissenschaft und einem beliebigen Dafürhalten tatsächlich kein Raum mehr gedacht werden will oder kann, in dem sich Wissen und Erkenntnis *nach derzeit guten Gründen* und kooperativ, also in einem emphatischen Sinne diskursiv entwickeln lässt.

Prof. Dr. Klaus Gloy war bis zu seiner Pensionierung Professor für Sozio-linguistik und linguistische Pragmatik im Fach Germanistik an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg.

Die Verbetriebswirtschaftlichung der Zivilgesellschaft

Wirkungen und unerwünschte Nebenwirkungen

Florentine Maier

Nonprofit Organisationen übernehmen zunehmend betriebswirtschaftliche Ideen und Methoden. Was bedeutet das für ihre Rolle in der Gesellschaft?

Vebetriebswirtschaftlichung verspricht zahllose Segnungen: Alles wird effektiver, effizienter, kostengünstiger, schneller, qualitätsvoller. Glaubt man der Selbstdarstellung von Management-Gurus, so handelt es sich um ein Allheilmittel ganz ohne Nebenwirkungen. Seit den 1990er Jahren halten betriebswirtschaftliche Ideen und Methoden auch in zivilgesellschaftliche Organisationen Einzug. Ähnlich der Angleichung staatlicher Organisationen an die angeblich effizienteren privatwirtschaftlichen Vorbilder im „New Public Management“ der 1980er Jahre ist nun die Zivilgesellschaft an der Reihe.

Unter Zivilgesellschaft versteht man jenen Bereich gesellschaftlichen Lebens, der zwischen Staat, Wirtschaft und Privatsphäre angesiedelt ist. Zivilgesellschaft wird zu einem großen Teil von Organisationen (oft in Negativabgrenzung zu Nonprofit Organisationen oder zu Nichtregierungsorganisationen genannt) getragen. Diese zivilgesellschaftlichen Organisationen werden häufig als die „Guten“ gesehen; sie kämpfen für eine bessere Welt, pflügen, betreuen, leisten Sozial-, Bildungs- und Entwicklungsarbeit. Jedoch gibt es zivilgesellschaftliche Organisationen jeglicher Couleur, von Greenpeace bis zur National Rifle Association, und ihre Aktivitäten sind nicht immer unproblematisch. Gemeinsam ist ihnen, dass sie nicht auf finanzielle Einzelinteressen, sondern auf die Erfüllung einer wie auch immer gearteten höheren Mission abzielen.

Ein Team von Wissenschaftlerinnen an der Abteilung für Nonprofit Management der Wirtschaftsuniversität Wien unter der Leitung von Univ.



Dr. Florentine Maier ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Nonprofit Management der Wirtschaftsuniversität Wien und arbeitet am Forschungsprojekt Managerialismus mit.

Prof. Michael Meyer untersucht die Verbetriebswirtschaftlichung zivilgesellschaftlicher Organisationen (<http://www.wu-wien.ac.at/npo/research/managerialism>). Hierbei kommen diskursanalytische Ansätze in Kombination mit Methoden der quantitativen Sozialforschung zum Einsatz.

Diskursanalytische Ansätze sind hilfreich, um die Ideologieladenheit und rhetorische Selbstimmunisierung betriebswirtschaftlicher Heilsversprechungen aufzudecken. Blinde Flecken der betriebswirtschaftlichen Sicht werden somit sichtbar und andere Sichtweisen möglich.

Methoden der quantitativen Sozialforschung machen die Auswirkungen der Verbetriebswirtschaftlichung greifbar. So untersucht das Forschungsprojekt etwa, wie die Übernahme betriebswirtschaftlicher Ideen und Methoden auf die gesellschaftliche Funktionserfüllung von

zivilgesellschaftlichen Organisationen wirkt. Denn zivilgesellschaftliche Organisationen erbringen für die Gesellschaft wichtige Leistungen. Diese Leistungen umfassen nicht nur die Bereitstellung von Dienstleistungen und Produkten (etwa Beratung und Betreuung, warme Suppe, saubere Spritzen), sondern auch Interessenvertretung und Gemeinschaftsbildung. Eine Hypothese des Forschungsprojekts ist, dass betriebswirtschaftliches Denken vor allem der Dienstleistungsfunktion nahesteht und diese verstärkt, da Dienstleistungserstellung am ehesten der Tätigkeit privatwirtschaftlicher Unternehmen ähnelt. Hingegen liegt vor allem die Gemeinschaftsbildung dem Denken des Managements fern, sodass verbetriebswirtschaftlichte Organisationen diese Funktion in zunehmend geringerem Ausmaß erfüllen. Erste empirische Untersuchungen bestätigen diese Hypothese (siehe Leitner / Maier / Meyer / Millner 2008).

Eine differenzierte Betrachtung der Verbetriebswirtschaftlichung zivilgesellschaftlicher Organisationen ist daher angebracht. Management kann wohl in bestimmten Bereichen – etwa der Dienstleistungserstellung – zivilgesellschaftliche Organisationen darin unterstützen, ihre gesellschaftlichen Aufgaben besser zu erfüllen. Entgegen anders lautender Verheißungen ist Management jedoch kein Allheilmittel und hat auch seinen Preis. Ein Teil dieses Preises scheint die Gemeinschaftsbildung zu sein.

Literatur

Leitner, Johannes; Maier, Florentine; Meyer, Michael; Millner, Reinhard 2008: Managerialismus in Nonprofit Organisationen: Zur Untersuchung von Wirkungen und unerwünschten Nebenwirkungen. In: Schauer, Reinbert; Helmig, Bernd; Purtschert, Robert; Witt, Dieter (Hg.): Steuerung und Kontrolle in Nonprofit-Organisationen, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, i.E.

Kritische Wissenschaft – kein abgekapseltes Milieu

Interview mit Thorsten Bultmann (Mitglied der Bundesgeschäftsführung des BdWi, Bonn)

Es ist schon viel über die Neoliberalisierung der Hochschulen geschrieben worden und du hast selbst ein Buch herausgegeben, in dem Bertelsmann als ein zentraler Akteur dieser Prozesse und Transformationen beschrieben wird. Mit all dem im Hinterkopf – hältst du in Zukunft kritische Wissenschaft an der Universität für möglich oder verlagert sie sich in den außeruniversitären Bereich?

Kritische Wissenschaft konnte sich in der einmaligen historischen Konstellation der Hochschulreform ca. bis Mitte der 70er im akademischen Betrieb institutionalisieren, d.h. Positionen an einzelnen Fachbereichen, insbesondere an neugegründeten Reformhochschulen erobern. Dennoch war sie aufs Ganze gesehen im Hochschulsystem immer in einer Minderheitenposition. So hat sie sich auch schon früher in Form von Netzwerken, politischen Verbänden, alternativen Fachgesellschaften oder Zeitschriftenprojekten »quer« zum Normalbetrieb organisiert. Im Zuge der »Ökonomisierung« der Hochschulen und der dadurch bewirkten Verdrängung alternativer Ansätze erfolgt natürlich ein Bedeutungszuwachs solcher informeller Verbände. Das ist zunächst der Defensive geschuldet, hat aber auch einen erheblichen positiven Aspekt: Interessierte werden nicht vereinzelt, sondern behalten den Anschluss an die entsprechenden Theorietraditionen und Diskussionskulturen. Ich würde daraus jedoch nie eine politisch zu betreibende »Exodus«-Strategie machen wollen und die Existenz außerhalb der Hochschule zu einer Art positiven Perspektive erheben. Das kann es nicht sein. Kritische Wissenschaft beruhte immer auf drei Stand-

beinen: 1. die politische Hinwendung zur gesellschaftlichen Öffentlichkeit und zu sozialen Bewegungen; 2. die ständige kritische Auseinandersetzung mit dem Mainstream des eigenen Faches; 3. das Eintreten für alternative akademische Arbeitsformen und damit für die Demokratisierung der Hochschulen. Nichts davon ist entbehrlich. Nur in diesem Spannungsfeld reproduziert sich kritische Wissenschaft. So ist es auch künftig notwendig, immer den Kontakt zum offiziellen Hochschulsystem zu erhalten und immer wieder zu versuchen, möglichst viele Füße dort hinein zu stellen. Schließlich werden dort immer wieder Widersprüche und politische Auseinandersetzungen aufbrechen. Anläufe zu kritischer Wissenschaft – diese ist kein abgekapseltes Milieu! - entstehen ja auch ständig neu, etwa dadurch dass einzelne Forscherinnen und Forscher mit traditionellen Antworten und Methoden ihres Faches nicht einverstanden sind und ihren Blick zu erweitern versuchen. Dort wo professionell nachgedacht wird, entsteht auch Kritik. Deswegen würde ich die Hochschulen nie völlig politisch abschreiben.

Wie könnte kritische Wissenschaft zukünftig organisiert sein? Sollte sie das überhaupt?

Auf jeden Fall! Die Frage dabei ist vor allem, wie sich Kräftebündelung und Synergieeffekte der doch, bei genauem Hinsehen, erheblich vielen örtlichen Initiativen und überregionalen Verbände, Netzwerke etc. erreichen lassen, die sich allesamt der Pflege kritischer Wissenschaft verschrieben haben – und überwiegend nebeneinander her wurschteln, selten voneinander Notiz nehmen.

Kennst du solche Projekte?

Eine Heidelberger Gruppe hat zum Beispiel eine Diskussion angestoßen, eine Art »Dachorganisation« alternativer Verbände und Projekte zu schaffen, möglicherweise als Stiftung organisiert. Ein interessanter Gedanke, bei dem die Rechtsform eigentlich zweitrangig ist. Es geht um die Lösung ganz pragmatischer Dinge, die derzeit im Argen liegen. Etwa sich gegenseitig keine terminliche Konkurrenz mehr bei Kongressen und Veranstaltungen zu machen, die gegenseitige Konkurrenz auf dem – recht kleinen – Markt alternativer Wissenschaftsförderung und -finanzierung möglichst zu reduzieren, also sich nicht gegenseitig die Butter vom Brot zu nehmen, last not least: mehr zusammen zu arbeiten.

Wie könnten solche Projekte unterstützt werden?

Da gibt es viele Möglichkeiten. Wer es sich leisten kann, sollte sich finanziell engagieren. Die meisten der genannten Initiativen sind prekär finanziert: im Regelfall aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Politisch sehr wichtig ist, dass Menschen, die (noch) im Hochschulsystem beschäftigt sind, solche Impulse und Initiativen immer wieder in dieses hineintragen, sie möglichst auch im Fachstudium thematisieren. Nur aus diesem wiederum rekrutiert sich der »Nachwuchs« der an kritischer Wissenschaft Interessierten.

Welche Rolle spielt der BdWi oder könnte er dabei spielen?

Der BdWi ist ein interdisziplinärer bildungs- und wissenschaftspolitischer Verband, der sich zur Hälfte

aus Hochschulangehörigen – aus allen akademischen Statusgruppen –, zur anderen Hälfte folglich aus wissenschaftspolitisch Interessierten jenseits des Hochschulbetriebes, dort besonders stark in gewerkschaftlichen Milieus verankert, zusammensetzt. Er verkörpert also das »drinnen« und »draußen« gleichermaßen. Von dieser Struktur ist der BdWi also prädestiniert, das oben genannte Spannungsfeld zwischen Wissenschaftskritik, politischer (Gegen-)Öffentlichkeit und Hochschulreform auszumessen. Tatsächlich versuchen wir seit

unserer Gründung, diese verschiedenen Stränge, deren Zusammenhang für kritische Wissenschaft konstitutiv ist, politisch zu verbinden. Das gelingt mal mehr, mal weniger, ist aber ein produktiver Ansatz, für welchen wir noch viel mehr Kolleginnen und Kollegen gebrauchen könnten.

Die Fragen stellte Jens Zimmermann.

Wissenschaft Ruhr on Tour – das DISS in der DITIB-Merkez- Moschee

Iris Tonks

Anfang Juni 2008 konnte das DISS seine Ziele und Arbeitsinhalte in der neuen Moschee und Begegnungsstätte in Duisburg-Marxloh präsentieren. Den Rahmen dazu bot eine Veranstaltung des Wissenschaftsforums Ruhr e.V., der Arbeitsgemeinschaft der Forschungsinstitute im Ruhrgebiet. Unter dem Motto *Wissenschaft Ruhr on Tour* konnten sich verschiedene Orte im Ruhrgebiet (Dortmund, Gelsenkirchen, Duisburg ...) als Wissenschaftsstandorte präsentieren. In Duisburg ging es für Interessierte an zwei Standorte: Zum InHaus – dem „intelligenten“ Haus des Fraunhofer Instituts für Mikroelektronische Schaltungen, wo die Nutzung der Haustechnik der Zukunft vorgestellt wurde sowie zur DITIB-Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh. Dort informierten Vertreterinnen und Vertreter des Rhein-Ruhr-Instituts für Sozialforschung und Politikberatung an der Universität Duisburg-Essen (RISP), des Salomon-Ludwig-Steinheim Instituts für deutsch-jüdische Geschichte und des DISS die Teilnehmenden nicht nur über ihre Arbeiten und ihre Zusammenarbeit, sondern hatten auch die Möglichkeit, an einer Führung durch das damals noch nicht ganz fertig gestellte Bauwerk teilzunehmen.

Neben ihrer religiösen Funktion bildet diese Moschee einen Ort interkulturellen und interreligiösen Austausches, wobei den drei großen monotheistischen Religionen in der Bibliothek, wo drei Kuppeln das Dachgewölbe bilden, architektonisch Rechnung getragen wird. Durch eine großzügige Fensterfront wird der Blick auf eine gegenüber liegenden katholische Kirche freigegeben und der Eindruck von Transparenz und Offenheit vermittelt. So verweist auch die Architektur des Gebäudes auf den Dialog zwischen den Religionen. Neben einem Informationszentrum wird ein Bistro und ein öffentlicher Teegarten die Möglichkeit zum Austausch bieten.

Dorothee Obermann-Jeschke
Eugenik im Wandel:
Kontinuitäten, Brüche
und Transformationen
Eine diskurs-
geschichtliche Analyse

Edition DISS Band 19
ISBN: 978-3-89771-748-0,
280 Seiten, 24 €



In der aktuellen bioethischen Debatte werden Verfahren der Pränatalen Diagnostik als Form einer »neuen« Eugenik diskutiert. Damit wird die Abgrenzung von einer »alten« Eugenik angedeutet, worunter man meist die moralisch diskreditierte NS-Rassenhygiene versteht. Dorothee Obermann-Jeschke hinterfragt in ihrer Studie diese Variante der ‚NS-Analogie‘ und entdeckt hinter dieser Engführung eine Immunisierungsstrategie. Dieser Strategie hält sie die historische Entwicklung eugenischen Wissens seit dem 19. Jahrhundert bis in die gegenwärtige soziale Praxis entgegen. Danach kann von prinzipiellen Abbrüchen nicht wirklich die Rede sein. Die diskurshistorische Studie zeigt vielmehr, wie das eugenische Wissen über die Kanäle der Wissenschaften und der Medien in die Lebenswelten der Individuen zirkuliert und deren Denkrahmen und Handlungsmöglichkeiten im Kontext der pränatalen Diagnostik bestimmt.



Gerda Heck
»Illegale
Einwanderung«.
Eine umkämpfte
Konstruktion in
Deutschland und
den USA

Edition DISS Band 17
ISBN: 978-3-89771-746-6
280 Seiten, 24 Euro

Der Anstieg nichtdokumentierter Migration ist in Deutschland wie auch in den USA ein kontrovers diskutiertes Thema. Von staatlicher Seite wird Einwanderung durch Kontrolle und Abschottung zu unterbinden versucht. Doch produziert dies genau das, was sie eigentlich verhindern will: den „illegalen Einwanderer“. Im Mittelpunkt der Studie stehen die Akteure, die in das Geschehen und die Debatte eingreifen: Politik und staatliche Kontrollinstanzen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Migrant*innen. Letztere reagieren auf die Veränderungen seitens der Politik. Sie suchen und finden immer neue Wege zur Verwirklichung ihres „Migrationsprojekts“. Wie und mit welchem Einfluss in diesem Zusammenhang zivilgesellschaftliche Bewegungen agieren, wird exemplarisch an einer vom Netzwerk „kein mensch ist illegal“ lancierten Kampagne untersucht.

Werden wir alle Unternehmer?

Fortsetzung von Seite 1

Der lange Abschied vom Taylorismus

Der „Unternehmer“ von einst, jener „dicke Mann mit der Zigarre“, hatte einen Gegenspieler: den „Arbeiter“. Beide Personengruppen waren strikt getrennt und hatten verschiedene Funktionen. Der Unternehmer schoss nicht nur das nötige Geld vor, sondern er leitete die Produktion bzw. delegierte dies an das Management. Die Aufgabe des Arbeiters bestand darin, genau das zu tun, was man ihm sagte. Die strikte Trennung von Hand- und Kopfarbeit, von Planung und Ausführung galt lange Zeit als produktivste Form der Wirtschaft.¹ Im Taylorismus war der mitdenkende Arbeiter nicht vorgesehen, ja kontraproduktiv. In einer bei Braverman (1977, 96) zitierten Textstelle führt Taylor aus, weshalb ein solches Nachdenken des Arbeiters für das Unternehmen nutzlos ist: „Sollte irgendein Arbeiter einen neuen und schnelleren Weg finden, eine Arbeit zu erledigen, oder würde er eine neue Methode entwickeln, so läge es – wie Sie sofort sehen werden – in seinem Interesse, diese Entwicklung für sich zu behalten, die schnellere Methode nicht den anderen Arbeitern beizubringen. Es liegt in seinem Interesse, das zu tun, was die Arbeiter zu allen Zeiten getan haben: ihre Berufsgeheimnisse für sich zu behalten und nur ihre Freunde einzuweihen.“ Und weiter: die Kenntnisse sind nicht nur nutzlos, sondern schädlich, denn die Arbeiter, so Taylor, benutzen ihr Wissen gemäß ihren Interessen, ihre Kenntnisse sind die Grundlage für ihre Fantasie und das Machtmittel zur Durchsetzung dessen, was Taylor (1913, 12) „Sich-um-die-Arbeit-drücken“ nennt, „das größte Übel (...) an dem gegenwärtig die arbeitende Bevölkerung in Amerika und England krank“.

Taylors Konzept gegen diese Krankheit lautete: vollkommene Abtrennung der geistigen Potenzen der Arbeit. Wenn der Arbeiter keine Ideen mehr umsetzen, sondern Befehlen gehorchen muss, braucht und darf er seine Arbeit nicht mehr verstehen. Im Idealfall muss er nur noch wissen, wie „Auswählen“, „Greifen“, „Festhalten“, „Transportieren“, „Loslassen“ usw. auszuführen sind.

¹ Und zwar nicht nur im Kapitalismus. Man lese nur Lenins Hymne auf den Taylorismus: „Arbeiten lernen – diese Aufgabe muß die Sowjetmacht dem Volk in ihrem ganzen Umfang stellen. Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich – wie alle Fortschritte des Kapitalismus – die raffinierte Bestialität der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe wertvoller wissenschaftlicher Errungenschaften in der Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung überflüssiger und ungeschickter Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigen Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muß um jeden Preis alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben. Die Realisierbarkeit des Sozialismus hängt ab eben von unseren Erfolgen bei der Verbindung der Sowjetmacht und der sowjetischen Verwaltungsorganisation mit dem neuesten Fortschritt des Kapitalismus.“ (Lenin, LAW 2, S.753f)

Diese Vervollkommnung dessen, was Marx ein halbes Jahrhundert vor Taylor „Entfremdung“ nannte, war für Taylor zugleich Mittel, Interessengegensätze wenn nicht zu beseitigen so doch abzumildern. Die mit seiner Methode verbundenen geringeren Herstellungskosten waren die Grundlage für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeiten. Massenproduktion und Massenkonsum werden nach der Einführung des Fließbandes bei Ford die Fundamente einer Gesellschaftsform, die häufig mit dem Begriff „Fordismus“ beschrieben wird.

In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts kommt es dann zur viel beschriebenen Krise des Fordismus/Taylorismus. Die Rationalisierungsreserven, die auf dem eingefahrenen Weg zu erzielen sind, scheinen erschöpft, und jetzt werden auch die Kosten des Systems in Rechnung gestellt: Die Trennung von Planung und Ausführung führt zu unproduktiven Ausgaben, die nichts mit der unmittelbaren Wertschöpfung zu tun haben, es entstehen erhebliche Kosten bei der Kontrolle der Arbeiter und der Arbeitsergebnisse, die Form der Arbeit führt zu hohen Fehlzeiten.

Die Lösung schien in Japan zu liegen. In den 80er Jahren entdeckt die Automobilindustrie, dass man Autos auch anders bauen kann: mit geringer Fertigungstiefe und „Null Fehlern“ bei der Montage, fast ohne Lagerhaltung mit einer konsequenten Kundenorientierung und der Einführung fabrikinterner Marktbeziehungen. Vor allem aber entdeckte man eine lange vernachlässigte Rationalisierungsreserve: die Planungsfähigkeit des Arbeiters sowie sein kombiniertes Arbeitsvermögen. Für Taylor (1913, 76) war die Zusammenarbeit der Arbeiter, die nicht direkt über das Management erfolgt, nur schädlich: „Wenn Arbeiter in Rotten zusammenarbeiten, so sinkt fast durchweg die Leistungsfähigkeit und der Nutzeffekt des einzelnen auf das Niveau des schlechtesten oder sogar noch tiefer.“ Jetzt sollten die Arbeiter genau dies tun: in Teams und Gruppen zusammenarbeiten und sich Gedanken über die kontinuierliche Verbesserung der Produktion machen.

Die Indienstrahmung des Wissens und der Kreativität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde plötzlich zum Erfolgsfaktor, zur Messlatte bei der Reorganisation von Unternehmen. In der berühmt gewordenen Studie des Massachusetts Institute of Technology „Die zweite Revolution in der Autoindustrie“ (Womack / Jones / Roos 1991) bekam das Konzept einen griffigen Namen, „Lean Production“, und plausible Beweismittel, die die Dringlichkeit des Wandels sinnfällig machten. Z.B. Verbesserungsvorschläge pro Beschäftigten in Japan 61,6 im Jahr. In den USA und Westeuropa 0,4 (Womack / Jones / Roos 1991, 97)

Der Diskurs über die „Schlanke Produktion“ beherrschte in den 90er Jahren die Managementliteratur und die auf Produktion, Wirtschaft und Arbeit bezogenen wissenschaftlichen Disziplinen. Auf ihrem Höhepunkt wurde das Wörtchen „lean“, „Schlantheit“ zur Zauberformel in allen möglichen Feldern der Gesellschaft: Die schlanke Verwaltung, der schlanke Staat, die schlanke

Schule kamen in Mode. Der Sozialstaat galt als „verfettet“ ebenso wie die Körper der Menschen. (Kreft / Uske 1998) Schlankheit war Therapie und Verheißung. Und damit verwoben waren die Forderungen nach „Selbständigkeit“ und „unternehmerischem Denken“. Parallel dazu fanden in den Unternehmen Reorganisationsprozesse statt, die vieles in der Arbeitswelt verändern sollten. Die Unternehmen wurden kleiner, lagerten das aus, was nicht zum Kerngeschäft gehörte, schafften Marktchancen für Subunternehmen. Inwieweit dies dann zum Ende des Taylorismus führte, ist allerdings eine andere Frage.²

Damit sind wir beim zweiten Strang der Entwicklung zur Beantwortung der Frage „Werden wir alle Unternehmer?“, beim „Trend zur Selbständigkeit“.

Die Geschichte des „Neuen Selbständigen“

Hätte man in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts die Frage gestellt, welche Bedeutung Kleinunternehmen und Selbständige im Wirtschaftsgeschehen haben, so wäre die Antwort ganz anders ausgefallen als heute. Kleinunternehmen, so hätte man damals argumentiert, hätten kaum noch eine Chance im Wettbewerb. Früher oder später würden sie von den „Großen“ verdrängt. Zum Beweis hätte man damals die Landwirtschaft und das Sterben der „Tante-Emma-Läden“ ins Feld führen können, von denen die meisten nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Sie wurden von Discountern geschluckt oder verdrängt.

Heute gelten Kleinunternehmen und Selbständige als Hoffnungsträger. Es wird von einer „Neuen Selbständigkeit“ und einer „Kultur der Selbständigkeit“ gesprochen. In arbeitsmarktpolitischen Debatten wird auf die positiven Wirkungen von Existenzgründungen gesetzt. Von dem so genannten „Gründerboom“ erhofft man sich neue Arbeitsplätze, zumindest aber einen Ausgleich der Arbeitsplatzverluste in der Großindustrie. Tatsächlich lässt sich an den Arbeitsmarktzahlen erkennen, dass heute nur noch in Klein- und Kleinstbetrieben neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In der Großindustrie, aber auch in mittleren Unternehmen werden dagegen immer mehr Arbeitsplätze abgebaut. Existenzgründerinnen und -gründer werden daher durch Regierung und Arbeitsverwaltung gefördert.

² Schon früh wurde darauf hingewiesen, dass entgegen der Hauptlinien des „Lean Production“-Diskurses das japanische Vorbild der schlanken Produktion keineswegs auf Fließbandarbeit und hochstandardisierte Abläufe verzichtet. (Jürgens 1993) Ende der 90er Jahre wurde dann in Deutschland „eine Renaissance des fordistischen Fließbandes und der taktgebundenen Fertigung“ (Kern / Schumann 1998, 10) diagnostiziert. Diese Entwicklungslinie setzt sich fort. In einem vom ISF München erstellten Tagungsbericht vom April 2008 ist von einem aktuell ablaufenden „Roll back“ die Rede, bei dem tayloristische Arbeitsformen und Organisationsprinzipien erhalten bleiben und wieder erstarken. „Das gängige Stichwort heißt ‚Intelligenter Taylorismus‘“ (PARGEMA 2008). Ähnliches konnte man vor kurzem auch im SPIEGEL lesen. An den Fließbändern habe es eine stille Revolution gegeben, „vorwärts in die Vergangenheit stupider Handgriffe wie zu Zeiten Henry Fords.“ (DER SPIEGEL 33/2008, S.76) Ausgerechnet das nennt der SPIEGEL „schlanke Produktion“.

Es sind vor allem drei Entwicklungen, die den Wandel bewirkt und den „Trend zur Selbständigkeit“ hervorgebracht haben:

1. Seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts folgt die Wirtschaft – wie oben bereits beschrieben – neuen Rationalisierungskonzepten. Eine der wichtigsten Methoden ist das „Outsourcing“. Es gilt als profitabler, nicht mehr alles selber herzustellen, sondern sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren und alles andere von Subunternehmern erledigen zu lassen. Diese Subunternehmer folgen derselben Strategie, haben also ihrerseits wieder Subunternehmer usw. So entstehen an den Rändern der Produktion Marktchancen für kleine und kleinste Firmen sowie Ein-Personen-Unternehmen.

2. Die meisten Arbeitsvorgänge sind durch I.u.K.-Technologien radikal verändert worden und zwar in fast allen Branchen. Computer sind aus dem Arbeitsalltag nicht mehr wegzudenken. Viele Bereiche von selbständiger Tätigkeit werden durch die Computertechnologie erst ermöglicht. Was früher an Großrechnern erarbeitet werden musste, lässt sich heute dezentral am PC und zur Not von zu Hause erledigen. Die Kommunikation übers Internet macht es möglich von fast überall aus zu arbeiten. Die neuen Technologien haben die Bedeutung von Firmengröße und Firmenlage radikal verändert.

3. Der „Trend zur Selbständigkeit“ entsteht in der Phase der Normalisierung der Massenarbeitslosigkeit (Uske 1995). In der vorangegangenen „Vollbeschäftigungszeit“ gab es eine faktische Arbeitsplatzgarantie für abhängig Beschäftigte. Dieser Vorteil gegenüber einer selbständigen Tätigkeit, die immer mit Marktschwankungen und Auftragseinbrüchen zu rechnen hat, geht nun verloren. Selbständigkeit erscheint als Chance und Alternative zur unsicheren Arbeitnehmerkarriere bzw. zur Arbeitslosigkeit, noch dazu, wo sie von der Arbeitsverwaltung mit Hilfe von Programmen und Ratschlägen gefördert wird.

Die „Neue Selbständigkeit“ ist ein Phänomen mit vielen Gründen, das von Anfang an von Diskursen begleitet wurde, deren Pole Euphorie und Besorgnis sind. Erfunden wurde der Begriff aber offenbar, bevor die hier beschriebenen Phänomene zum Tragen kamen. Nach Anja Gerlmaier (2002, 57) wird er erstmals 1980 und zwar von Gerd Vonderach benutzt. In dessen Aufsatz „Die ‚neuen Selbständigen‘. 10 Thesen zur Soziologie eines unvermuteten Phänomens“ (Vonderach 1980) sind die „Neuen Selbständigen“ ein gegenkultureller Entwurf gegen die entfremdete Wirtschaftsweise. Es sind „Hochschulabsolventen“ und „Aussteiger“, die Szenekneipen, Bastelläden, selbstverwaltete Frauenhäuser und Bio-Gemüsebauernhöfe gründen. „Mit der neuen Art von Selbständigkeit“, so Vonderach, „streben insbesondere jüngere Menschen einen Ausweg aus erschwerten Berufskarrieren und eine Alternative zu den vorherrschenden Arbeitsrollen an. (...) Ihre Rekrutierung, ihre Ausgangssituation und ihre Wertorientierungen unterscheiden sie von den Selbständigen bisheriger Art. Ihre Arbeit ist einerseits für sie ökonomisch notwendig, andererseits aber Aus-

druck ihres Versuchs, selbstbestimmte und unentfremdete Arbeits- und Lebensformen zu realisieren.“ (Vonderach, 1980, 153).

In den 1990er Jahren taucht die Figur des „Neuen Selbständigen“ als sich selbst verwirklichendes Individuum wieder auf, diesmal aber unter neoliberalen Vorzeichen und eingebettet in eine für diese Jahre typische Sozialstaatskritik am „kollektiven Freizeitpark“ (Helmut Kohl) Deutschland. Die Gesellschaft erscheint darin zunehmend als „erstarrt“ und „gelähmt“, „satt“ und „gefesselt“ durch „ausufernde Sozialleistungen“ (Kreft/ Uske 1998). In diesem Szenario erscheint der „Neue Selbständige“ als Freiheitsheld, der die gesellschaftlichen Lähmungserscheinungen mit einem „Ruck“ wie einen gordischen Knoten durchtrennt, z.B. in dem 1997 erschienenen Buch „Die Selbständigen von morgen“ von Peter Fischer: „Immer mehr Menschen fragen sich inzwischen, ob wirklich das abhängige Beschäftigungsverhältnis die einzig erstrebenswerte wirtschaftliche Lebensform ist, warum die eigene Alterssicherung eine öffentliche Aufgabe ist und warum man beispielsweise nicht entscheiden kann, wie man seine soziale Absicherung gestalten will.“ (Fischer 1997, 27) Die Menschen leiden an einem „Sinnmangel im Arbeitsleben“ und „sehen in der herkömmlichen Arbeitswelt keine Möglichkeit, diesen Wunsch nach stärkerer Selbstbestimmtheit zu erfüllen.“ (ebd., 29). Die Beschreibungen von Fischer gipfeln schließlich in euphemistischen Prognosen über die Aufhebung von Arbeitsteilung, die an die Frühschriften von Marx erinnern³: „So wird ein Selbstangestellter beispielsweise als Buchhalter arbeiten, aber neben den üblichen Tätigkeiten noch einen Newsletter über die neuesten Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt herausgeben, Vorträge über Budgetpläne in privaten Haushalten halten und für Zeitschriften Artikel über seine Leidenschaft, die thailändische Kochkunst schreiben.“ (ebd., 123)

Neben diesem Diskurs der Befreiung gibt es seit Ende der 1980er / Anfang der 1990er Jahre einen Diskurs der Sorge über die Zukunft der Arbeit, bei der die „Neuen Selbständigen“ als „Scheinselbstständige“ erscheinen. Empirisch bestärkt durch Outsourcing-Beispiele wie die Auslagerung von Fuhrparks und ihre Ersetzung durch abhängige Subunternehmer wird der „Neue Selbständige“ zum Paradebeispiel einer prekarierten neuen Arbeitswelt, der „Kampf gegen die Scheinselbstständigkeit“ zum gewerkschaftlichen und schließlich politischen Anliegen. Unter den „Neuen Selbständigen“, so wird vermutet, sind viele eigentlich „verkappte Angestellte“, denen man die Angestelltenrechte genommen hat. Nach der Regierungsübernahme durch die rot-grüne Koalition war der Streit darüber eskaliert.

³ Fast wie die moderne Vision einer künftigen Gesellschaft, die es mir „möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx / Engels 1969 (MEW 3), 33)

Zum 1. Januar 1999 trat zunächst das „Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte“ in Kraft. Einer der Kernpunkte des Gesetzes war die Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit. Es sei nicht länger hinzunehmen, so der damalige Bundesarbeitsminister Walter Riester in seiner Begründung des Gesetzes, „dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihren Unternehmen in eine scheinbare Selbstständigkeit abgedrängt werden, tatsächlich aber wirtschaftlich allein von den Aufträgen dieses Unternehmens abhängig sind. Wer de-facto abhängig beschäftigt ist, darf sozialen Risiken nicht schutzlos ausgeliefert werden.“ Riester begründete das Gesetz auch mit dem Schutz für die Betriebe, die ihre Beschäftigten ordnungsgemäß sozialversicherten. Sie müssten vor unlauterem Wettbewerb geschützt werden. Es gehe der Regierung nicht darum, Selbstständigkeit zu behindern. Im Gegenteil. Die neue Bundesregierung sehe im echten Selbständigen und in Existenzgründungen einen wichtigen Beitrag zu mehr Beschäftigung.

Genau das bezweifelten die Kritiker aus Unternehmen, Verbänden, Presse und Opposition. Das neue Gesetz solle für eine Vernichtung von Arbeitsplätzen und eine Verunsicherung von Existenzgründungen.

Unter dem massiven öffentlichen Druck legte die Regierung schließlich Ende 1999 in einer Rolle Rückwärts den Entwurf des „Gesetzes zur Förderung der Selbstständigkeit“ vor. Dieses Gesetz wurde am 10.01.2000 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und rückwirkend zum 01.01.1999 in Kraft gesetzt. Der „Kampf gegen die Scheinselbstständigkeit“ und der ihn begleitende Diskurs hatten ein kleinlautes Ende gefunden.⁴

⁴ Was passiert, wenn man Menschen zum vermeintlichen Nutzen des Ganzen zu ihrem eigenen Glück zwingen will, ihnen dann aber den Schaden überlässt, konnte im Rahmen einer empirischen Untersuchung des Duisburger Rhein-Ruhr-Instituts gezeigt werden. 1999 auf dem Höhepunkt der Debatte über „Scheinselbstständigkeit“ wurden die betroffenen Kleinunternehmen im Straßengüterverkehr und in der Binnenschifffahrt bundesweit befragt (RISP 1999). Zwei Ergebnisse waren besonders bemerkenswert: Von den Subunternehmern im Straßengüterverkehr sahen sich nur 3,7% als „scheinselbstständig“. Gleichzeitig hatten aber 29,5% von ihnen nur einen Auftraggeber. Bei den Partikulieren in der Binnenschifffahrt war das Ergebnis noch eindeutiger: Hier sahen sich nur 1,4% als „scheinselbstständig“, obwohl 57,5% aller Partikuliere nur für einen Auftraggeber auf Flüssen und Kanälen unterwegs waren.

Gespräche mit den betroffenen Unternehmern ergaben, dass diese sich durchaus in einer sehr unvorteilhaften Lage gegenüber ihren Auftraggebern sahen, zum Teil durch „Knebelverträge“ gebunden waren, zum Teil unter schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiteten als ihre angestellten Kollegen. Das Gesetz konnte ihnen aber keinen Schutz und keine Perspektive bieten. Im Gegenteil: Die Befürchtung war, dass die Auftraggeber nun etwas größere Subunternehmer engagierten, die die Kriterien der Scheinselbstständigkeit nicht erfüllten. Die betroffenen Subunternehmer machten sich also Gedanken darüber, wie sie die Regelungen unterlaufen könnten, und sie machten sich Sorgen, ihre Aufträge zu verlieren, also arbeitslos zu werden. Das Gesetz gegen Scheinselbstständigkeit mussten sie als Bedrohung erleben, dessen Liberalisierung als Befreiung von dieser Sorge.



Auch seitdem wird die „Neue Selbständigkeit“ unter den beiden Blickwinkeln „Hoffnung“ und „Gefahr“ beobachtet, wenn auch unter anderen Begriffen. Die Scheinselbständigkeitsdebatte der 1990er Jahre ist der „Prekarisierungsgefahr“ gewichen, bei der die „Neuen Selbständigen“ eine prominente Rolle spielen. Auf der anderen Seite werden Existenzgründungen auf allen Ebenen gefördert. Man fragt, wie man den Frauenanteil an Gründungen erhöhen kann, ob nicht auch ältere Arbeitslose gründen könnten⁵, ob das nicht auch eine Chance für Migrantinnen und Migranten wäre, warum nicht in technologieorientierten und wissensbasierten Bereichen usw.

Eine neue Subjektivität?

Wenn von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern immer häufiger „unternehmerisches Denken“ verlangt wird, sei es als Angestellte, sei es als neue Selbständige, dann ist zu vermuten, dass dies nicht ohne Folgen für ihr Denken und Handeln bleibt. Tatsächlich gibt es seit Mitte der 1990er Jahre eine Fülle von Ansätzen, diese Folgen zu beschreiben. Neben arbeitssoziologischen Analysen, auf die noch zurückzukommen sein wird, gibt es seit einiger Zeit

auch diskursanalytische Versuche, diesen Wandel zu erfassen, z.B. Ulrich Bröcklings Buch „Das unternehmerische Selbst“, in dem der Autor die „Soziologie einer Subjektivierungsform“ (Bröckling 2007) ankündigt. Bröcklings These ist, dass sich ein „unternehmerisches Selbst“ herausgebildet hat. In dieser Figur „verdichten sich sowohl normatives Menschenbild wie eine Vielzahl gegenwärtiger Selbst- und Sozialtechniken, deren gemeinsamer Fluchtpunkt die Ausrichtung der gesamten Lebensführung am Verhaltensmodell der Entrepreneurship bildet.“ (ebd., 47) Anhand von Texten aus der Managementliteratur, Trainingsmanualen, Lehrbüchern, Erfolgsratgebern will Bröckling zeigen, „wie zeitgenössische Managementkonzepte alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf unternehmerisches Handeln verpflichten und welche Strategien der Autonomisierung, Responsibilisierung und Flexibilisierung sie dabei einsetzen.“ (ebd., 12) Bröckling will das „Kraftfeld des unternehmerischen Selbst“ darstellen, schränkt dann aber ein: „Selbstverständlich erlaubt die Vermessung des unternehmerischen Kraftfelds keine Aussagen darüber, wie die Menschen sich tatsächlich in ihm bewegen. (...) Untersucht wird also ein Regime der Subjektivierung, nicht was die diesem Regime unterworfenen und in dieser Unterwerfung sich selbst als Subjekte konstituierenden Menschen tatsächlich sagen oder tun.“ (ebd., 10) Explizit verzichtet Bröckling darauf, „zu überprüfen, welche Reichweite die Anrufung des unternehmerischen Selbst besitzt und mit

⁵ Z.B. in dem Verbundprojekt „Neue Selbständigkeit für Ältere“ im Rahmen der Initiative für ältere Arbeitslose des Landes Nordrhein-Westfalen, das der Autor zusammen mit seiner Kollegin Ute Pascher wissenschaftlich begleitet hat. Einige der hier vorgetragenen Gedanken zum Thema „Neue Selbständigkeit“ entstammen dem dort erstellten Endbericht. (Pascher / Uske 2007)

welchen anderen Anrufungen sie konkurriert.“ (ebd., 49)

Für die Beantwortung der Frage „Werden wir alle Unternehmer?“ ist ein solcher Verzicht aber unbefriedigend, weil es ja nicht irrelevant ist, wie kräftig ein solches „Kraftfeld“ auf die Betroffenen einwirkt und was genau es dort anrichtet. Es ist ja richtig und beobachtbar, dass „die Anrufung des unternehmerischen Selbst“ von allen möglichen Institutionen an die Individuen herangetragen wird, aber das sagt noch nichts über die dadurch erzielten Effekte aus. Die Managementliteratur sucht in der Tat immer neue Wege, wie Unternehmen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in effektiv arbeitende Mit-Unternehmer verwandeln können, aber das deutet ja darauf hin, dass hierin ein Problem gesehen wird.⁶ Auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen sind die Erfolge eher bescheiden. Jeder, der einmal arbeitslos war, weiß, wie man sich auf „Anrufungen“ der Arbeitsverwaltung zu verhalten hat, wenn man keine Sperrzeiten in Kauf nehmen will. Wenn der Berater es will, schreibt man unsinnige Bewerbungen, geht auf sinnlose Trainingskurse, oder gibt sich, wenn dies gefordert wird, „unternehmerisch“. Selbst die Gründung einer „Ich-AG“ lässt noch keineswegs darauf schließen, dass den Arbeitslosen der Unternehmergeist gepackt hat. Sie kann genauso gut dazu dienen, Hartz 4 zu vermeiden und die Zeit bis zum nächsten Job zu überbrücken.

Um die Reichweite und Relevanz von neuen Subjektivierungsformen zu beschreiben ist es ratsam, die theoretischen Konzepte und die daran gekoppelten empirischen Befunde der Arbeitssoziologie mit heranzuziehen. Dort wird seit den 90er Jahren, durchaus in Analogie zum Konzept des „unternehmerischen Selbst“ eine Entgrenzung und Subjektivierung von Arbeit diagnostiziert. (Kratzer 2003; Moldaschl / Voß 2002) Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen, es entsteht eine stärkere Selbstorganisation und Selbstkontrolle der Beschäftigten, die vereinbarte Ziele selbstorganisiert

erreichen sollen, verbunden mit einer stärkeren Markt- und Kundenorientierung aller Geschäftsprozesse. Als Kategorie für die Erfassung neuer Formen der Arbeit, haben Voß / Pongratz 1998 den seitdem viel diskutierten Begriff „Arbeitskraftunternehmer“ geprägt. Kennzeichen dieses neuen Typus ist „eine erweiterte Selbstkontrolle der Arbeitenden, der Zwang zur verstärkten Ökonomisierung der eigenen Arbeitsfähigkeiten und -leistungen und eine Verbetrieblichung der alltäglichen Lebensführung.“ (Voß / Pongratz 1998, 131)

Neuere empirische Befunde der Arbeitssoziologie deuten nun auf sehr widersprüchliche Entwicklungen hin. Der „Arbeitskraftunternehmer“ scheint keineswegs automatisch der Arbeiter der Zukunft zu werden. Hans J. Pongratz (2005, 143) schätzt heute die Möglichkeit, dass verschiedene Typen von Erwerbsformen dauerhaft nebeneinander existieren, höher ein als Ende der 1990er Jahre. Zudem müsse heute das Entwicklungstempo dieses Typus niedriger eingeschätzt werden.

Geradezu rückwärtsgewandt erscheint die Entwicklung in einer Branche, die noch vor kurzem als das Vorzeigebispiel für „Unternehmerisches Denken“ gehandelt wurde, und die zugleich als „Innovationsmotor Nr.1“ gilt (so die Bundesforschungsministerin auf der CeBIT 2008): die IT-Branche. Frühere Vorstellungen über die IT-Arbeit sind spätestens seit dem Einbruch der New Economy empirisch nicht mehr haltbar. Die Tätigkeiten nehmen „zunehmend Züge eines ‚normalen Berufs‘ bzw. eines ‚normalen Beschäftigungsverhältnisses‘ an.“ (Mayer-Ahuja / Wolf 2005, 106). Zu ähnlichen Befunden kommen Boes / Trinks (2006), die bemerkenswerte Unterschiede zu einer ähnlich gelagerten Vorgängeruntersuchung (Boes / Baukrowitz 2002) aus den Jahren 1999 / 2000 konstatieren. Für die IT-Beschäftigten ist es danach nicht mehr selbstverständlich, die Erfordernisse des eigenen Lebens den Erfordernissen des Marktes und des Unternehmens unterzuordnen. Die früher beobachtbare Entgrenzung von Arbeit und Leben weicht dem Bemühen der Beschäftigten, beide Sphären zu trennen. (Boes / Trinks 2006, 162) Die Gründe für diese Einstellung sehen Boes / Trinks einerseits in der Normalisierung der Branche, die mit dem Einbruch der New Economy viel von ihrem Winner-Mythos und den daran gekoppelten Selbstverwirklichungsversprechen verloren hat, andererseits und vor allem in den veränderten Belegschaftsstrukturen: Die Beschäftigten sind älter geworden, haben häufig Familie und spüren die Grenzen der körperlichen Belastbarkeit. (ebd., 315). Das Alte bleibt dabei im Neuen aber als Mythos bestehen. Die alten Vorstellungen von der IT-Arbeit leben in der Unternehmensöffentlichkeit und in der Gesellschaft weiter, während im Bewusstsein der IT-Beschäftigten längst andere Orientierungen vorherrschen.

Auch die Befunde zu den „Neuen Selbständigen“ deuten nicht darauf hin, dass die Prognosen der 1990er Jahre vom Existenzgründungsboom sich bewahrheiten. Ende der 1990er Jahre wollte die Bundesregierung den Anteil der Selbständigen an den

⁶ In seinem Aufsatz „Grenzen der Vermarktlichung – Die Mythen um unternehmerisch handelnde Mitarbeiter“ hat Stefan Kühl (2000) auf die immanenten Widersprüche einer Strategie hingewiesen, die die in der Managementliteratur gehandelten Konzepte des „Intrapreneurs“, des „Ein-Mann-Unternehmens“ oder der „Selbst-GmbH“ in den betrieblichen Alltag zu implementieren versucht. Konzepte wie „Profit-Center“ führten zwar zur Herausbildung von Unternehmen in Unternehmen, reproduzierten im Innern aber patriarchalische Führungsstrukturen. Ein Konzept, das eine konsequente Vermarktlichung in allen Bereichen des Unternehmens durchsetzen will, also letztlich ein sozialdarwinistisches System jeder gegen jeden, liesse sich für eine Organisation, die ja immer auch auf Integration und gemeinsame Zwecke ausgerichtet ist, nicht durchhalten. Das „Leitbild“ des „Intrapreneurs“ oder „unternehmerischen Mitarbeiters“ müsse deswegen nicht aufgegeben werden. „Selbst wenn der Intrapreneur als zentrales Strukturmerkmal im Unternehmen propagiert wird, bilden sich informell und häufig unbewusst Prozesse aus, mit denen die Unternehmensmitglieder die drohende Konkurrenz entschärfen. Die Forderung nach unternehmerischem Handeln auf allen Ebenen der Organisation kann dann im Managementdiskurs beibehalten werden, wird aber im Betriebsalltag durch wirklichkeitsnähere und konfliktentschärfende Formen der Arbeitsorganisation ersetzt.“ (Kühl 2000, 821)

Erwerbstätigen in zehn Jahren von 10 auf 15 Prozent erhöhen. Tatsächlich liegt der Anteil trotz aller Fördermaßnahmen und trotz einer verbesserten „Kultur der Selbständigkeit“ immer noch unter 11 Prozent.

Die Veränderungen, die die Arbeitsverhältnisse in den letzten 30 Jahren geprägt haben, lassen sicher nicht den Schluss zu, dass alles eigentlich beim Alten geblieben ist und das „unternehmerische Denken“ nur eine weitere Mode der Managementliteratur ist, deren Funktionsweise Alfred Kieser (1996) in seinem Aufsatz „Moden und Mythen des Organisierens“ beschrieben hat. Es ist nur alles viel komplizierter und widersprüchlicher, uneinheitlicher und unvorhersehbarer. Unternehmertum und unternehmerisches Denken sind Begriffe, die sich in den letzten Jahrzehnten zu positiven Leitbildern entwickelt haben, aber ihre Implementation in Wirtschaft und Gesellschaft stößt auf Widerstände. Und da, wo sie erfolgreich ist, werden die Subjekte auch nicht einfach Unternehmer. Sie sind dann Unternehmer und Mitarbeiter in einer Person und müssen den Gegensatz mit sich selbst ausfechten: Wie gehe ich mit der Arbeitszeit um, wenn keine Stechuhr sie mehr regelt, sondern Vertrauensarbeitszeit die Regel wird und alle meine Kollegen länger arbeiten? Welche Gesundheitsrisiken nehme ich in Kauf, wenn keine betrieblichen Regeln mehr greifen und ich den Schutz der Gesundheit selbst regeln muss? Wieviel Urlaub gebe ich mir, wenn das eine Projekt abgeschlossen werden muss und das nächste bereits angefangen hat?

Wenn der Arbeitnehmer zum Unternehmer wird, dann muss er sein altes Selbst mit auf diese Reise nehmen. In einem Beitrag in der FAZ aus dem Jahre 1996 hat Andreas Zielcke diese Reise sehr schön beschrieben: „Letztlich wird die historische Differenz von Kapital und Arbeit mit allen Vorteilen und allen Qualen in die Arbeitnehmer hineinverlagert. Jeder muss sich als sein eigener Kapitalist und sein eigener Arbeiter verstehen. Das äußere Feindbild verschwindet aus dem sozialen Raum in das Innere des Individuums. Hier, innerhalb der Person selbst, entsteht der neue Fechtboden, auf dem nunmehr der ewige Gegensatz mit zermürender Schärfe oder, je nachdem, Adrenalin ausschüttender Selbststimulierung ausgefochten wird.“ (Zielcke 1996)

Literatur:

- Boes, Andreas / Baukowitz, Andrea 2002: Arbeitsbeziehungen in der IT-Industrie. Erosion oder Innovation der Mitbestimmung? Berlin: edition Sigma
- Boes, Andreas / Trinks, Katrin 2006: „Theoretisch bin ich frei!“. Interessenhandeln und Mitbestimmung in der IT-Industrie, Berlin: edition Sigma
- Braverman, Harry 1977: Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt am Main / New York: Campus
- Bröckling, Ulrich 2007: Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Fischer, Peter 1997: Die Selbständigen von morgen. Unternehmer oder Tagelöhner?, Frankfurt am Main: Fischer
- Gerlmaier, Anja 2002: Neue Selbstständigkeit in der Informationsgesellschaft. Ein Vergleich von Anforderungen und individuellen Ressourcenpotenzialen bei autonom-flexiblen und arbeitsteiligen Arbeitsformen im IT-Bereich. Dortmund. <http://hdl.handle.net/2003/2940> (25.08.2008)

- Jürgens, Ulrich 1993: Mythos und Realität von Lean Production in Japan - eine kritische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der MIT-Studie, in: Fortschrittliche Betriebsführung und Industrial Engineering (FB/IE) 1/1993, 18-23
- Kern, Horst / Schumann, Michael 1998: Kontinuität oder Pfadwechsel? Das deutsche Produktionsmodell am Scheideweg, in: SOFI-Mitteilungen Nr. 26, 7-14
- Kieser, Alfred 1996: Moden und Mythen des Organisierens, in: DBW – Die Betriebswirtschaft 1/96, 21-39
- Kratzer, Nick 2003: Arbeitskraft in Entgrenzung. Grenzenlose Anforderungen, erweiterte Spielräume, begrenzte Ressourcen, Berlin: edition sigma
- Kreft, Ursula / Uske, Hans 1998: Schlanke Produktion - schlanker Staat - schlanke Menschen, in: Buntentbach, Annelie / Kellershohn, Helmut / Kretschmer, Dirk (Hg.): Ruckwärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg: DISS, 120-149
- Kühl, Stefan 2000: Grenzen der Vermarktlichung. Die Mythen um unternehmerisch handelnde Mitarbeiter, in: WSI Mitteilungen 12/2000, 818-828
- Lenin, Wladimir Iljitsch 1961: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Lenin Ausgewählte Werke (LAW) Bd. 2, 731-770, Berlin: Dietz-Verlag
- Marx, Karl / Engels, Friedrich 1969: Die deutsche Ideologie, in: Marx-Engels Werke (MEW 3), Berlin: Dietz-Verlag
- Mayer-Ahuja, Nicole / Wolf, Harald 2005: Arbeit am Netz: Formen der Selbst- und Fremdbindung bei Internetdienstleistern, in: Mayer-Ahuja, Nicole / Wolf, Harald (Hg.): Entfesselte Arbeit – neue Bindungen. Grenzen der Entgrenzung in der Medien- und Kulturindustrie, Berlin: edition sigma, 61-108
- Moldaschl, Manfred / Voß, G. Günter (Hg.) 2002: Subjektivierung von Arbeit. München und Mering: Rainer Hampp Verlag
- PAREGMA 2008: Beschäftigte als Experten ihrer eigenen Gesundheit. Tagungsbericht des PAREGMA-Expertenworkshops „Partizipatives Gesundheitsmanagement“ - Entwicklung, Potentiale und Barrieren am 24./25.04.2008 in Jena, <http://www.pargema.de/files/tagungsbericht.pdf> (14.07.2008)
- Pascher, Ute / Uske, Hans 2007: Neue Selbstständigkeit für Ältere. Untersuchung zur Zielgruppe und ihrer Gründungswege in der Region Emscher-Lippe, <http://www.risp-duisburg.de/abtpro/prolog/StudieSfAe07.pdf>
- Pongratz, Hans J. 2005: Die Heterogenität von Erwerbsorientierungen in der Perspektive der ArbeitskraftunternehmerThese, in: Gottschall, Karin / Voß, G. Günter (Hg.): Entgrenzung von Arbeit und Leben. Zum Wandel der Beziehung von Erwerbstätigkeit und Privatsphäre im Alltag, München und Mering: Rainer Hampp Verlag, 125-145
- RISP 1999: Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung: Kleinunternehmen im Transportgewerbe, Duisburg
- Taylor, Frederick Winslow 1913: Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung. Reprint 1995, Weinheim: Beltz-Verlag
- Uske, Hans 1995: Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg: DISS
- Vonderach, Gerd 1980: Die „neuen Selbstständigen“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 13 Jg., Nr. 2/1980, 153-169.
- Voß, Günter G. / Pongratz, Hans 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1/1998, 131-158.
- Womack, James P. / Jones, Daniel T. / Roos, Daniel 1991: Die zweite Revolution in der Autoindustrie. Konsequenzen aus der weltweiten Studie des Massachusetts Institute of Technology, Frankfurt am Main; New York: Campus
- Zielcke, Andreas, 1996: Der neue Doppelgänger. Die Wandlung des Arbeitnehmers zum Unternehmer - Eine zeitgemäße Physiognomie, FAZ, 20.7.1996

Die Europäische Person

... auf dem Weg von Paris nach Lissabon

Jobst Paul

Als die UNESCO im November 1997 in Paris ihre Erklärung zum menschlichen Genom¹ verabschiedete, erhielt ein Stolperstein der angelsächsischen *Praktischen Philosophie* weltweiten Rechts-Status. Wer dort nämlich als *human being* [Mensch] geführt wird, sollte hinsichtlich seiner Menschenrechte auf der Hut sein, gilt doch ein *human being* als überwiegend biologischer Minimalstatus des Menschen, d.h. nur eingeschränkt als Vertragspartner, bzw. als Träger von Menschenrechten. Besser haben es jene, denen der Status einer – insbesondere im Kopf – voll ausgestatteten *person* und damit volle Menschen- (bzw. Personen-) Rechte zuerkannt werden.

Dass dabei die Herrschaft der einen (der Personen) über die anderen durchaus mitgedacht ist, unterstrichen insbesondere die US-amerikanischen Vertreter der Disziplin seit den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts in Grundlagenwerken. Einer ihrer prominenten Vertreter, der Philosoph Hugo Tristram Engelhardt, brachte diese Botschaft im Jahr 1977 auf den Punkt, als es einem seiner Aufsätze den Titel gab: *Some Persons are Humans, some Humans are Persons, and the World is what we Persons make of it.*²

¹ Universal Declaration on the Human Genome and Human Rights [http://unesdoc.unesco.org/images/0010/001096/109687eb.pdf]

² „Einige Personen sind Menschen, einige Menschen sind Personen, und die Welt ist das, was wir Personen aus ihr machen“. Vgl. Engelhardt, Hugo Tristram: *Some Persons are Humans, some Humans are Persons, and the World is what we Persons make of it*. In: derselbe (Hg.): *Philosophical Medical Ethics: Its Nature and Significance*. Dordrecht 1977, S. 183-194.

An Handlungsoptionen, die auf diese Weise legitimierbar werden, hat es in den letzten Jahrzehnten nicht gefehlt. So eignet sich die Unterscheidung zwischen eigentlichem und nur eingeschränktem ‚Mensch‘-Status im Zeitalter der Gen- und Humanforschung gut dazu, ein Reservoir an Menschen zum Objekt von Versuchen zu bestimmen, bei denen nicht die vollen Menschenrechte (der *Personen*) zu respektieren sind. In der Tat wurde in den Begleitpapieren zur UNESCO-Deklaration argumentiert, das menschliche Genom gehöre (wie Bodenschätze) der ganzen Menschheit, damit aber auch die Träger individueller Gene, die für die Forschung benötigt werden. Die Debatte um *persons* und *non-persons* erfasste im übrigen auch Deutschland, als zwischen 1993 und 1997 die sogenannte *Bioethik-Konvention des Europarats* (1997) durchgesetzt werden sollte, in der es u. a. um die Forschung an nicht-zustimmungsfähigen Probanden, um Embryonenforschung oder auch um das Klonen von Menschen geht.³

In der angelsächsischen Bioethik-Debatte ist freilich auch Koma-Patienten, so genannten ‚gehirntoten‘ Menschen (als Ressource der Transplantationsmedizin), Demenz- und Alzheimer-Patienten, behinderten Neugeborenen, Sterbewilligen u. a. m. eine makabre Rolle zugeschrieben worden. Berühmt wurden z.B. im Zusammenhang der Euthanasie-Debatte englische Begriffe

³ Vollständiger Titel: Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte und der Menschenwürde im Hinblick auf die Anwendung von Biologie und Medizin: Übereinkommen über Menschenrechte und Biomedizin [http://conventions.coe.int/Treaty/Commun/QueVoulezVous.asp?NT=164&CM=8&DF=5/6/2006&CL=GER].

wie *human vegetable* [menschliches Gemüse] oder *cabbage existence* [Kohlkopf-Existenz] für Koma-Patienten oder Demenz- und Alzheimer-Patienten.⁴

Eine weitere Station der Mensch-Person-Unterscheidung⁵ war die *EU-Richtlinie zur Biopatentierung* (1998), die von „biologischem Material“ und von „lebendigen Systemen“ spricht und damit auch noch den Begriff *Mensch* umgeht. In der EU-Direktive *Good Clinical Practice* (2001/20/EC)⁶ wird die Unterscheidung zwischen verschiedenen menschlichen ‚Würdegraden‘ festgeschrieben, indem klinische Versuche an Kindern (d.h. an nicht-einwilligungsfähigen Probanden) mit so genannter ‚Gruppennützigkeit‘ legitimiert werden, die bereits in der UNESCO-Deklaration eine Rolle spielte. Freilich: Der „Gruppennutzen“ gilt entweder für jeden und jede in der Gruppe – dann braucht man ihn nicht als Kriterium, weil er mit

⁴ Vgl. Francis J. Beckwith. *Abortion, Bioethics and Personhood: A Philosophical Reflection* [Überblicksartikel] [http://www.cbhd.org/resources/bioethics/beckwith_2001-11-19.htm]; Vgl. zur Herkunft, zum Geltungsanspruch und zur Kritik an der Unterscheidung zwischen ‚Mensch‘ und ‚Person‘ auch http://www.lrz-muenchen.de/~hgvm/Spaemann-Mensch-Person.pdf (Spaemann) und Berthold Gillitzer, *Personen, Menschen und ihre Identität*, Stuttgart 2001.

⁵ Nachfolgend beziehe ich mich auf Stellungnahmen von Dietmar Mieth, Tübingen, u.a. in: *Patentierter Mensch? Musterprozess zur Patentierbarkeit menschlicher embryonaler Stammzellen*, DomRadio 24.06.2008 [http://www.domradio.de/aktuell/artikel_42364.html]; ders. *Die Bioethikkonvention und die ethische Begleitforschung*. Mitschnitt eines Vortrags im Gustav-Stresemann-Institut Bonn, 27.06.2008.

⁶ Sie wurde in der 12. und 14. Novelle des Arzneimittelgesetzes in deutsches Recht umgesetzt.

Englischer und deutscher Text der verabschiedeten *Europäischen Charta der Grundrechte* im Vergleich

CHAPTER I	TITEL I
DIGNITY	WÜRDE DES MENSCHEN
Article 1	Artikel 1
Human dignity	Würde des Menschen
Human dignity is inviolable. It must be respected and protected.	Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie ist zu achten und zu schützen.
Article 2	Artikel 2
Right to life	Recht auf Leben
1. Everyone has the right to life.	(1) Jeder Mensch hat das Recht auf Leben.
2. No one shall be condemned to the death penalty, or executed.	(2) Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden.
Article 3	Artikel 3
Right to the integrity of the person	Recht auf Unversehrtheit
1. Everyone has the right to respect for his or her physical and mental integrity.	(1) Jeder Mensch hat das Recht auf körperliche und geistige Unversehrtheit.
2. In the fields of medicine and biology, the following must be respected in particular:	(2) Im Rahmen der Medizin und der Biologie muss insbesondere Folgendes beachtet werden:
. the free and informed consent of the person concerned , according to the procedures laid down by law,	a) die freie Einwilligung des Betroffenen nach vorheriger Aufklärung entsprechend den gesetzlich festgelegten Einzelheiten,
. the prohibition of eugenic practices, in particular those aiming at the selection of persons ,	b) das Verbot eugenischer Praktiken, insbesondere derjenigen, welche die Selektion von Menschen zum Ziel haben,
. the prohibition on making the human body and its parts as such a source of financial gain,	c) das Verbot, den menschlichen Körper und Teile davon als solche zur Erzielung von Gewinnen zu nutzen,
. the prohibition of the reproductive cloning of human beings .	d) das Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen .

Eigennutz zusammenfällt, oder er meint den Nutzen einer Mehrheit in der Gruppe, dann aber ist er ein utilitaristisches Argument: Gemeinnutz vor Menschenrechten. (...) Es könnte, obwohl dies bisher keineswegs intendiert ist, die Tür zu klinischen Versuchen an dementen Personen öffnen.⁷

Vor diesem Hintergrund wäre es verwunderlich gewesen, wenn die Unschärfen zwischen *Mensch* und *Person* im Text der im Jahr 2000 aufgelegten *Europäischen Charta der Grundrechte*⁸ keine Rolle ge-

spielt hätten. Die Charta war ursprünglich Teil II des Europäischen Verfassungsvertrages, der am 29. Oktober 2004 unterzeichnet wurde und der 2006 in Kraft treten sollte, dann aber scheiterte. Eine Gegenüberstellung der englischen Fassung der Artikel 1-3 und ihrer offiziellen (aber nicht völkerrechtlich gültigen) deutschen Übersetzung⁹

zeigt die erstaunliche begriffliche Vielfalt hinsichtlich derer, denen Grundrechte zukommen sollen. Sie macht verständlich, warum angelsächsische Philosophen oft ihren Scharfsinn auf die Frage lenken, wer unter 'every one' subsumiert werden soll und wer nicht: Die Unterscheidung zwischen *Mensch* und *Person* erwies sich allerdings noch als eher harmlose Variante, in der die Biopolitik und die Verwertungsinteressen der Forschung Eingang in die europäische Grundrechte-Charta gefunden haben. Das Vorgehen der Lobbyisten aus Politik und Forschung, ausgerechnet in *Grundwertetexten* mit Hilfe sprachlicher Spitzfindigkeiten und rhetorischer Tricks die Öffentlichkeit zu täuschen oder sie zu einer voreiligen Zustimmung zu verleiten, hat-

⁷ Dietmar Mieth, Bio-Ethik als Krisenlöser oder Krisenmacher? Entwicklungen und Positionen im Widerstreit (2004) [<http://www.db-thueringen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-3487/mieth.pdf>].

⁸ Die Charta wurde unter Vorsitz von Roman Herzog vom ersten europäischen Konvent zwischen Dezember 1999 und Oktober 2000 erarbeitet.

⁹ Es handelt sich um die Fassung, die nun Teil des *Vertrags von Lissabon* geworden ist [<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2004:310:0041:0054:DE:PDF>]. Vgl. dazu weiter unten.

te bereits in den Jahren 1993 bis 1998 aus Anlass der Bioethik-Konvention des Europarats zu öffentlicher Empörung, aber auch zu Erstaunen darüber geführt, wie dreist die beamteten Unterhändler der nationalen Regierungen dabei zu Werke gingen. Wie es scheint, hatten sie bei der Formulierung der Charta einen erneuten Auftritt:

So lässt schon die Aufnahme des *Körpers* und von *Körperteilen* (Artikel 3, 2c) in einen Verfassungstext aufhorchen, noch mehr aber, dass nur der Handel mit ihnen *gegen Entgelt* („financial gain“) verboten werden soll – und dies auch nur dann, wenn sie ‚as such‘, also ‚unverarbeitet‘ gehandelt werden. Damit bestimmt die Charta umgekehrt, indem sie nur einen Spezialfall ausschließt, als makabre Regel, dass in Europa der Handel mit ‚weiter verarbeiteten‘ Körpern und Körperteilen offenbar erlaubt ist.

Über die Hintergründe des Artikels 3, 2d, das Verbot des reproduktiven Klonens von Menschen betreffend, liegt sogar der Zeugenbericht eines unmittelbar Beteiligten vor. Prof. Dietmar Mieth war mehrere Jahre Mitglied der Beratergruppe „Ethische Fragen der Biotechnologie“ der Europäischen Kommission. Er focht dort um Transparenz und berichtete darüber auch öffentlich, so im März 2000¹⁰:

„Gestern diskutierten wir in Brüssel die Frage, ob in unserer Stellungnahme zur Charta der europäischen Grundrechte, die gerade in vielen Kommissionen verhandelt wird, stehen soll: ‚Das Klonen von Individuen ist verboten‘ oder ob da stehen soll: ‚Das reproduktive Klonen ist verboten‘. Sie werden wahrscheinlich gar nicht auf Anhieb verstehen, worum es da geht, aber es geht um etwas ganz Entscheidendes: wenn man sagt, das reproduktive Klonen ist verboten, dann ist

das nicht-reproduktive Klonen (also das Klonen von Embryonen ‚in vitro‘) erlaubt. So muss man diese trickreiche Sprache verstehen. Wenn man dagegen sagt „Das Klonen von menschlichen Lebewesen ist verboten“, dann ist das noch offen, dann kann man den Streit darüber noch führen, wer denn „menschliches Lebewesen“ (*human being*) ist. Selbstverständlich habe ich mich dafür eingesetzt, dass mindestens als Alternative angeboten wird „das Klonen von menschlichen Lebewesen ist verboten“. Von anderen Mitgliedern dieser Beratergruppe wurde dies abgelehnt, weil sie für das nicht-reproduktive Klonen, also (wenn auch mit Einschränkungen) für die verbrauchende Embryonenforschung sind.“

Im Jahr 2004, nach Abschluss der Beratungen, vertiefte Mieth seine Kritik:

„Das Verbot des reproduktiven Klonens, das im Augenblick weltweit deklariert wird, wie z.B. in der UNESCO-Deklaration „Zum Schutz des menschlichen Genoms und der Menschenwürde“ (1998) umfaßt also nicht den In-vitro-Bereich. (...) Wenn also in der Charta für europäische Grundrechte steht, reproduktives Klonen ist verboten, dann ist zugleich in einem Subtext den Embryonen ein Lebensrecht entzogen. (...) Aber was ist „therapeutisches“ Klonen? Nichts anderes als ein Klonen mit einer bestimmten Forschungsabsicht, nämlich in der Hoffnung, einen Teil der Immunabwehr überwinden zu können bei einer später vielleicht einmal möglichen Stammzelltherapie. Das Klonen selbst ist keine Therapie, sondern ein Forschungsweg. Dies sollte stets transparent bleiben. Die Genauigkeit der Sprache ist eine Bringschuld der Wissenschaft.“¹¹

Die *Europäische Verfassung* und mit ihr die *Charta der Grundrechte*

wurden im Jahr 2004 durch Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt. Dennoch fand man einen verschlungenen Weg, die Charta im Dezember 2007 schließlich in den Lissaboner Vertrag aufzunehmen. Eine offizielle Website der EU erklärte dies am 13. Dezember 2007¹² auf folgende Weise:

„Die Proklamierung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union fand am Vorabend des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Lissabon statt, die dort den EU-Reformvertrag unterzeichnen werden. (...) Der Europäische Rat fasste im Juni 2007 den Entschluss, den Text der Charta nicht in die Verträge aufzunehmen, sondern als Erklärung zu den Verträgen zu beschließen. (...) Darüber hinaus wird der Artikel des Reformvertrags, der der Charta Rechtsverbindlichkeit verleiht, auf die Proklamation am 12. Dezember verweisen und damit die Erklärung zum EU-Reformvertrag ersetzen.“

Am 12. Juni 2008 lehnten die Iren bei einer Volksabstimmung die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon ab. Kommentatoren machten u. a. oppositionelle Gruppen verantwortlich, die davor gewarnt hatten, der Vertrag wolle die irische Abtreibungsgesetzgebung kippen. Wenn dies aus der Luft gegriffen war, so sind viel grundlegendere Befürchtungen angebracht: Nach der *UNESCO-Deklaration zum menschlichen Genom* und der *Bioethik-Konvention des Europarats* ist die *EU-Charta der Grundrechte* das dritte umfassende völkerrechtliche Dokument der neueren Geschichte, das die individuellen Grundrechte, wie sie nach 1945 in weltweiten Deklarationen, aber auch im deutschen Grundgesetz, festgelegt wurden, zugunsten des Nutzens und der Rechte der ‚Allgemeinheit‘ wieder einschränkt.

¹⁰ Dietmar Mieth, Die Kirche zwischen Macht und Ethik. Plädoyer für eine zukunftsfähige Moral. Rede am 25. März 2000 in Köln bei der 7. Bundesversammlung der KirchenVolksBewegung „Wir sind Kirche“. [<http://www.phil.uni-sb.de/projekte/imprimatur/2000/imp000502.html>].

¹¹ Dietmar Mieth, Stuttgarter Gespräch. Klonen, Gentests und Patentierung. 14. Okt. 2004, Alte Kanzlei, Stuttgart [http://www.kas.de/proj/home/events/99/1/year-2004/month-10/veranstaltung_id-12294/index.html].

¹² <http://www.europa-web.de/europa/03euinf/10counc/grundrechte.htm>

Neoliberaler Konsens und die Verdrängung des Politischen – in Österreich und anderswo

Markus Wrbuschek

Anlässlich des irischen Nein zum Lissabonvertrag kam es europaweit zu Diskussionen über die Zukunft des Europäischen Integrationsprojekts bzw. über die Gründe der geringer werdenden Akzeptanz in vielen Mitgliedsstaaten. In Österreich drängte sich diese Frage umso mehr auf, als das Eurobarometer weit unter dem europäischen Mittel liegt. Der öffentliche Diskurs hierzulande wird mit erheblichem Erfolg durch das Dreigespann aus Kronen Zeitung und den Rechts-Außen Parteien FPÖ und BZÖ, der von Jörg Haider ins Leben gerufenen Partei, in Beschlag genommen. Die euro-skeptischen Kampagnen der Kronen Zeitung verzahnen sich mit der Warnung der Rechtsparteien vor einem Identitätsverlust Österreichs.

Die Verweise der Großparteien SPÖ (Sozialdemokraten) und ÖVP (Christlich-Konservative) auf den Nutzen des Europäischen Einigungsprozesses erscheinen angesichts globaler Herausforderungen wirkungslos. Zu leicht lässt sich in der österreichischen Provinz europäisches Bewusstsein als Verrat nationaler Interessen verkaufen. So titelte die FPÖ z.B. im Wahlkampf: „Volksvertreter statt EU-Verräter“. Entsprechend sahen sich die politisch Verantwortlichen im Gefolge der irischen Abstimmung zum Reformvertrag zwar veranlasst, sich mit der „heißen Kartoffel“ Europa zu befassen, allerdings nur kurz. In einem offenen Brief an die Kronen Zeitung überraschte der neue SPÖ-Parteichef Werner Faymann die Öffentlichkeit und Teile der eigenen Partei mit der Ankündigung, den Europäischen Reformvertrag im Fall der Neuverhandlung einer Volksabstimmung unterziehen zu wollen.

Die Kehrtwende in der bisherigen Parteilinie und die Bekanntgabe via Boulevard sorgte für Empörung. So wurden der SPÖ Verrat an Europa (immerhin hatte Kanzler Gusenbauer



Krone - 17.9.2007

„Die Kronen Zeitung ist jetzt Bundeskanzler“

Der grüne Europaabgeordnete Johannes Voggenhuber am 26. Juni 2008 zum Schwenk der SPÖ.

„Die Angst der Intellektuellen vor der Kronen Zeitung“

Artikelüberschrift in Der Standard (Wien) vom 8. Juli 2008

„Jörg Haider nimmt Kronen Zeitung in Schutz“

Artikelüberschrift in Die Presse (Wien) vom 30. August 2008

er den Reformvertrag mit unterzeichnet) und Buckeln vor der Kronen Zeitung vorgeworfen. Dabei ging die Frage unter, wie man das Projekt Europa neu und besser gestalten könne. Hinter diesen Diskursvermeidungsstrategien stecken freilich Probleme weit über Österreich hinaus.

Das Soziale und der Wettbewerb

Ein zentrales Thema des Europäischen Integrationsprozesses bildete in den letzten Jahren der Aufbau einer Sozialunion als Komplement zu den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Gemeinschaft. Der Mangel an sozialer Verantwortlichkeit der Europäischen Politik bildet seit Jahrzehnten einen Fixpunkt kritischer Kommentare. Die Wirtschafts- und Sozialunion soll die Lücke zwischen gesellschaftspolitischen Anliegen und ökonomischen

Zielen schließen. Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Formulierung einer Europäischen Beschäftigungsstrategie, die im Rahmen des „Lissabon-Programms“ für Wachstum und Beschäftigung¹ erarbeitet wurde. Das Programm offenbart, welcher Art das Europäische Einigungsprojekt ist, und auch, welche Ansatzpunkte für eine (linke) Kritik am Projekt Europa sich ergeben könnten. Wie nämlich eine diskursanalytische Studie² gezeigt hat, werden dort soziale Zielsetzungen (z.B. das Eintreten für Vollbeschäftigung) keineswegs mit eigenständigem politischen Anspruch erhoben, sondern bleiben jederzeit auf den ökonomischen Topos verwiesen. So findet sich im Vorschlagspapier der Europäischen Kommission zur Neuauflage der Lissabon-Strategie 2005 die Formulierung: „Die Strategie von Lissabon misst dem Beschäftigungs- und dem Produktivitätszuwachs mittels einer gesteigerten Wettbewerbsfähigkeit denselben Stellenwert bei.“³ Die Kommission geht im zitierten Papier von einer Mittel-Zweck Beziehung zwischen Produktivitätszuwachsen und dem Steigen der Beschäftigungsquote aus und betrachtet die

¹ Europäische Kommission (2005). KOM(2005) 24. Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/comm_spring_de.pdf (11.3.2007).

² Wrbuschek, Markus (2008). Der arbeitende Mensch im Brennpunkt der Europäischen Beschäftigungspolitik. In: Jäger, Siegfried [Hg.] (2008). Wie kritisch ist die kritische Diskursanalyse? Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft. Münster: Unrast.

³ Europäische Kommission (2005). KOM(2005) 24. Mitteilung für die Frühjahrstagung des Europäischen Rates. Zusammenarbeit für Wachstum und Arbeitsplätze. Ein Neubeginn für die Strategie von Lissabon. http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/comm_spring_de.pdf (11.3.2007).

Beschäftigungsstrategie als bloße Resultante besserer Bedingungen im „internationalen Wettbewerb“ zwischen Nordamerika, Asien und Europa.

Das Europäische Sozialprojekt schrumpft daher zum Residualeffekt des ökonomischen Projekts, der sich aus der Installierung des wettbewerbsstarken Standorts Europa ableiten soll. Michel Foucault analysiert in seiner Vorlesung am Collège de France in Auseinandersetzung mit den wirtschaftspolitischen Programmen der deutschen Ordoliberalen nach 1945 exakt diese Konzeption einer neoliberalen Regierungsweise⁴, in deren Mittelpunkt die Schaffung eines freien Wettbewerbs als Fundament und Fluchtpunkt sämtlicher sozialer und gesellschaftspolitischer Eingriffe steht. Die zentrale Platzierung des Wettbewerbs dient danach keineswegs der Befreiung von unzumutbaren Regulativen, sondern ist Produkt einer ganzen Reihe von politisch-strategischen Interventionen, um die Marktfähigkeit des Sozialen sicherzustellen.

Im zitierten Kommissionspapier, das die Grundlage der gegenwärtigen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik der Union bildet, finden sich in der Tat ausschließlich Begründungsmuster, die auf die Unausweichlichkeit des Wettbewerbs abheben. Eine genuin politische Argumentation findet sich nicht. Genau an diesem Punkt müsste nach möglichen Alternativen zum Europa des ausschließlich ökonomischen Wettbewerbs und nach Fundamenten gefragt werden, die einem sozialen Europa zuträglich sind.

Dass statt dieser Diskussion populistisch ausschaltbare Themen wie der ‚Beitritt der Türkei zur EU‘ vorgeschoben werden, liegt zum Teil an den bisherigen Entscheidungsstrukturen, in denen die Kommission beinahe ohne demokratische Legitimation und Verantwortlichkeit arbeiten konnte. Damit fehl-

te eine Verknüpfung zwischen Europäischen Entscheidungsprozessen und europapolitischen Debatten in den Mitgliedstaaten der Union. Der Reformvertrag von Lissabon würde in dieser Richtung einige Verbesserungen bringen, z.B. durch Schaffung realer Kompetenzen für das Europäische Parlament, das nach wie vor als einzige Institution der EU für öffentliche, demokratisch legitimierte und nachvollziehbare Entscheidungsprozesse steht. Die Stärkung der Mitspracherechte der nationalen Parlamente würde zu einer direkteren Übersetzung nationaler Diskussionsbeiträge auf die Europäische Ebene beitragen. Zugleich aber bedürfte es der Formulierung von Problemstellungen im Rahmen der europapolitischen Diskurse in den Mitgliedsstaaten selbst. Und gerade hier liegt die Crux.

Neoliberaler Konsens und politisch hergestellte Ausweglosigkeit?

Dies zeigt sich im österreichischen Wahlkampf am Thema der Europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik: Nahezu alle Wahlprogramme begründen offen, warum zentrale Fragen des Europäischen Sozialprojekts außen vor bleiben sollen:

„Die österreichische Sozialdemokratie bekennt sich zu einer dynamischen und sozial fairen Wirtschaft. Ein starker und sicherer Wirtschaftsstandort Österreich, an dem Unternehmen gute Rahmenbedingungen vorfinden und sich Investitionen lohnen, bildet eine wichtige Grundlage für Wohlstand und soziale Sicherheit. Nur leistungsstarke und gesunde Unternehmen sichern langfristig Wachstum und Beschäftigung.“ (SPÖ⁵)

„Wettbewerb ist ein entscheidendes Instrument, um die Inflation in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig fördert er Wachstum und damit Beschäftigung.“ (ÖVP⁶)

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Sie geht von der Gleichwertigkeit von Arbeit und Kapital aus. Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte. [...] Eine umfassende Deregulierung des Wirtschaftslebens steigert die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, sichert ihr Gedeihen und schafft Arbeit.“ (FPÖ⁷)

Quer durch die Lager der österreichischen Politik finden sich also die Argumentationsmuster aus dem Lissabon-Programm der EU-Kommission. Nur die Grünen verzichten darauf, den Zusammenhang zwischen ökonomischen und sozialen Prozessen zu thematisieren und gehen gleich zu Sachfragen einer ökologischen Wirtschaftspolitik über. Von daher existiert in Österreich ein weitgehender politischer Konsens über ein neoliberal geprägtes Politikverständnis, der tiefer greifende Debatten über die Fundamente des Europäischen Projekts nicht zulässt.

Eine Kritik der Europäischen Verhältnisse aus linker Perspektive müsste bestimmte Bereiche der Diskussion gegenüber der institutionalisierten Politik erst wieder zurückgewinnen und zum Beispiel das Thema des ‚sozialen Europas‘ genuin und nicht nur als Nebenaspekt von Wettbewerb verhandelbar machen. Die aktuellen politischen Programme müssen auf das ihnen zugrunde liegende Politikverständnis hin untersucht werden. Insbesondere der ‚Wettbewerb‘ – als neoliberale ‚Sperrprämisse‘ – steht dabei obenan.

⁶ ÖVP (2008). Neustart für Österreich. http://www.oevp.at/Common/Downloads/Wahlprogramm_innen_An sicht.pdf (10.9.2008).

⁷ FPÖ (2008). Österreich im Wort. Auswahl und Zusammenfassung inhaltlicher Ziele der Freiheitlichen Partei Österreichs für die neue Legislaturperiode. http://www.fpoe.at/fileadmin/Contentpool/Portal/wahl08/FP_-_Wahlprogramm_NRW08.pdf (10.9.2008).

⁴ Foucault, Michel (2006). Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II. Frankfurt am Main: Suhrkamp. Vergleiche insbesondere die Vorlesungen 4 und 5.

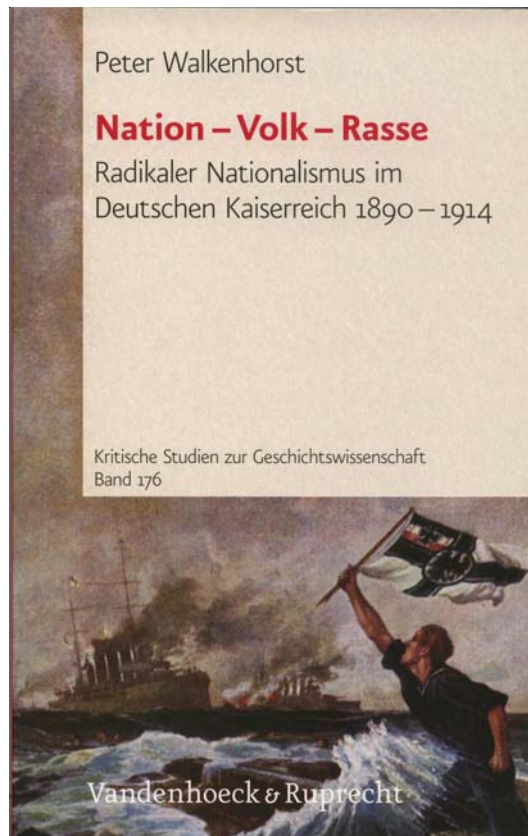
⁵ SPÖ (2008). Wahlmanifest der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Nationalratswahl 2008. <http://spoe.at/bilder/d265/wahlmanifest08.pdf> (10.9.2008).

Die nationalistischen Massenorganisationen des Kaiserreichs haben wiederholt das Interesse der Geschichtsforschung auf sich gezogen.¹ Agitationsverbände wie der Alldeutsche Verband, der Kolonialverband oder der Ostmarkverein, die Flotten- und Kriegervereine oder der christlichen Gewerkschaftsbewegung entsprungene deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband repräsentierten ein Milieu, in dem der völkische Nationalismus eine breite Basis hatte. In ihnen hatte der deutsche Imperialismus bei Expansions- und Rüstungsfragen eine ebenso zuverlässige Lobby wie bei der Bekämpfung der inneren ‚Reichsfeinde‘. Aufgrund ihres hohen Organisationsgrades waren diese Massenbewegungen auch selbst in der Lage, die deutsche Politik zu beeinflussen. Am Kurs des Reiches in den Ersten Weltkrieg wie auch am Kriegsverlauf hatten sie daher einen nicht zu unterschätzenden Anteil.

Peter Walkenhorst hat mit *Nation – Volk – Rasse. Radikaler Nationalismus im Deutschen Kaiserreich 1890-1914* eine umfangreiche Studie zu den Strukturen, den Inhalten und der Politik dieser Organisationen vorgelegt. An den Arbeiten seiner Vorgänger auf diesem Gebiet, Uwe Puschner, Sven Herings, Axel Schildts oder Geoff Eleys kritisiert er deren Erklärungen als funktionalistisch und legt daher anders als diese seinen Schwerpunkt auf die Logik der nationalistischen Programmatik, die Konstitution und

¹ Vgl. u.a. Rainer Herings Studie *Der Alldeutsche Verband 1890-1939 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte. Darstellungen; Bd. 40)*, Hamburg 2003.

Stig Förster, *Der doppelte Militarismus. Die deutsche Heeresrüstungspolitik zwischen Status-quo-Sicherung und Aggression, 1890-1913 (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte Mainz, Bd. 118)*, Stuttgart 1985. Oder zum DNHV: Siegfried Lokatis, *Hanseatische Verlagsanstalt*. Politisches Buch-Marketing im ‚Dritten Reich‘, Frankfurt a.M. 1992.



Eine Rezension von Volker Weiß

Konstruktion ihrer Elemente, kurz, ihren Diskurs:

„Ein entscheidendes Defizit der bisherigen Forschung liegt mithin in ihrer Fixierung auf die politischen und gesellschaftlichen Funktionen des radikalen Nationalismus und der hieraus resultierenden unzureichenden Berücksichtigung seines Inhalts und seiner semantischen Struktur.“ Walkenhorst 2007, S. 22. Walkenhorst legt ein besonderes Augenmerk auf die Sprache, da diese für den radikalen Nationalismus das „wichtigste kulturelle Medium der Konstruktion und Kommunikation radikalnationalistischer Deutungsmuster“ (Walkenhorst 2007, S. 31.) war. Anhand seiner Fallbeispiele wird deutlich, dass sich der nationalistische Diskurs sowohl nach innen richtete, wenn er über Frauen, ethnische Minderheiten wie Polen oder Juden und die Sozialdemokratie handelte, wie auch äußerliche Begehrlichkeiten gegen Frankreich und England entwickelte, oder im Zuge der 2. Marokkokrise 1911 eine offensivere Kolonialpolitik forderte.

Walkenhorsts Erklärung des radikalen Nationalismus aus der Manipulation durch die Führungseliten und den chauvinistischen Bedürfnissen der Masse kann als eine angemessene Modifikation des durch seinen Doktorvater H.U. Wehler eingeführten Begriffs vom deutschen „Sozialimperialismus“ gelten, also einer Ablenkung von den inneren Problemen des Reichs durch aggressive Außenpolitik. Doch werden auch die Einflüsse Geoff Eleys deutlich, der bereits in seiner Dissertation 1974 zum Deutschen Flottenverband nachzeichnete, dass der deutsche Imperialismus vor dem Ersten Weltkrieg eine breite soziale Basis hatte.² Angesichts der Rüstungs-, Veteranen und Vaterlandsverbände lässt sich von einer populistischen Selbstmobilisierung der deutschen Nation sprechen, die sich mit den

Interessen der Staatsführung und Industrie deutlich deckte. Grundsätzlich schließt der Autor sich Eleys Erkenntnis an, dass sich die völkische Radikalisierung der deutschen Nationalidentität nicht erst in der Weimarer Republik vollzog, sondern in entscheidendem Maße bereits vor dem Ersten Weltkrieg vonstatten ging. Die zentralen Theoreme, Organisationsstrukturen und das Personal rechtsradikaler Politik der zwanziger Jahre waren bereits ‚zu Kaisers Zeiten‘ in relevanter Weise vertreten. Durch die Niederlage im Weltkrieg hatte nur weiteren Auftrieb erhalten, was im politischen Diskurs längst etabliert war.

Vor diesem Hintergrund irritiert allerdings, dass Walkenhorsts Studie mit Beginn des Ersten Weltkriegs endet, zumal er selbst betont, dass die Agitation des radikalen Nationalismus „die ideologischen Grundlagen dafür [legte], daß die ‚Volksgemeinschaft‘ zur zentralen Signatur des deutschen Nationalismus avancieren konnte und daß die Suche nach neuem

² Geoff Eley, *The German Navy-League in German Politics, 1898-1914*, Sussex 1974.

Gabriel Kuhn
»Neuer
Anarchismus« in
den USA
Seattle und die Folgen

304 Seiten, 16,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-474-8



H. Marcks &
M. Seiffert (Hg.)
Die großen Streiks
Episoden aus dem
Klassenkampf

264 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-473-1



Niels Seibert
**Vergessene
Proteste**
Internationalismus und
Antirassismus
1964-1983

224 Seiten, 13,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-032-0



Cajo Brendel
**Die Revolution ist
keine Parteisache**
Ausgewählte Schriften
Dissidenten der
Arbeiterbewegung

320 Seiten, 18 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-462-5

Klaus Pedersen
**Naturschutz und
Profit**
Menschen zwischen
Vertreibung und
Naturzerstörung

140 Seiten, 13,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-476-2



Peyman Javaher-
Haghighi
**Iran, Mythos und
Realität**
Staat und Gesellschaft
jenseits von westlichen
Sensationsberichten

208 Seiten, 14,80 EUR [D]
ISBN 978-3-89771-031-3

‘Lebensraum’ für das deutsche Volk sich zu einer nicht weniger einflussreichen Konstante des außenpolitischen Denkens entwickelte.“ (Walkenhorst 2007, S. 317)

Die Geschichte der nationalistischen Großverbände reichte viel weiter, da sich etwa der Alldeutsche Verband erst 1939 mit der Begründung auflöste, die Politik Hitlers habe alle Ziele umgesetzt, die er sich bei seiner Gründung 1891 gesetzt hatte. Dem Weg der völkisch-nationalistischen Organisationen von der Agitation in die konkrete Form der „Volksgemeinschaft“ widmet Walkenhorst leider nur einen Ausblick.

Zwei Schlüsse sind aus der Lektüre zu ziehen. Erstens sieht Walkenhorst wie schon Uwe Puschner in der völkisch-nationalistischen Bewegung des Kaiserreichs eine höchst moderne Form der politischen Organisation und Artikulation.³ Das Phänomen der völkisch-nationalistischen Bewegung erscheint demnach nicht einfach als Reaktion auf einen krisenhaft erfahrenen Modernisierungsprozess begreifen, sondern die Akteure hatten ihre eigenen Vorstellungen einer deutschen Moderne. Auch er betont, dass der radikale Nationalismus durchaus eigenständig agierte und weit davon entfernt war, nur willfähriger Erfüllungsgehilfe der Obrigkeit zu sein. Vor diesem Hintergrund lehnt er auch die Deutung des Nationalismus als ‚Verliererideologie‘ ab. Gerade die radikale Variante seien von ausgesprochenen Gewinnern der Modernisierung propagiert worden.

Zweitens versuchte der deutsche Nationalismus, einen neuen Anfang zu definieren, eine nationale Erneuerung aus dem Geist der Moderne. Die Semantik des radikalen Nationalismus zeigt, dass dieser in der Reichsgründung 1871 nicht die Vollendung des Wegs der Deutschen in der Geschichte sah, sondern dessen eigentlichen Anfang. In diesem Kontext untersucht Walkenhorst die Kategorien von ‚Nation‘ und ‚Volk‘ als Momente von Identität und Differenz, die Biologisierung dieser Kategorien, wie auch ihre Feinbestimmungen im darwi-

nistisch interpretierten Daseinskampf. Die populäre Verkörperung der Nation in der ‚Volksgemeinschaft‘ hatte schließlich ihre biopolitischen Konsequenzen mit starken Auswirkungen auf Frauen und Minderheiten und mündete bereits im Kaiserreich in der diskursiven Zusammenführung von Ethnie und Staatsbürgertum. Dabei betont Walkenhorst das zunächst noch diffuse Gesamtbild, das sich erst in der Summe der Semantiken schärfer konturierte. Insgesamt erscheint der radikale Nationalismus als ein „Ensemble unterschiedlicher Vorstellungen, Überzeugungen und Deutungsmuster, die aufeinander bezogen waren, zugleich jedoch auch unabhängig voneinander Wirkung entfalten konnten.“ (Walkenhorst 2007, S. 308) Diese breite Fächerung machte ihn so effektiv, dass er die deutsche Gesellschaft wirkungsvoll durchdringen und den deutschen politischen Diskurs nachhaltig formen konnte. Radikalanationalismus und Kriegsbejahung wurden zu wesentlichen Elementen der politischen Kultur, dazu trat die „Vorstellung der ethnisch und kulturell homogenen ‚Volksgemeinschaft‘ mit ihrer semantischen Verknüpfung von Homogenität, Effizienz und Macht sowie die Lebensraumideologie und der aus ihr abgeleitete Kontinentalimperialismus“ (Walkenhorst 2007, S. 317). Die Folgen sind bekannt.

Walkenhorsts Arbeit ist eine gelungene Synthese aus historischer Forschung und Diskursanalyse. Wer sich mit dem Kaiserreich dem Ersten Weltkrieg und der Entwicklung der deutsch-völkischen Ideologie befasst, dem sei sie zur Lektüre dringend empfohlen. Doch auch über die heutige Rechte lassen sich aus der Studie Erkenntnisse ziehen. Etwa, dass eine radikale Rechte nicht unbedingt der Rekurse auf den Nationalsozialismus bedarf; In Kreisen der NPD oder auch der *Jungen Freiheit* werden Vorstellungen des völkischen Nationalismus aus wilhelminischer Zeit ebenso recycelt. Daher bietet Walkenhorsts Arbeit auch eine gute Handhabe zur Analyse rechter Agitation bis in die Gegenwart.

UNRAST Verlag

Postfach 8020 • 48043 Münster
Tel.: (0251) 666-293 Fax: -120
Besuchen Sie uns: www.unrast-verlag.de



Brüche und Kontinuitäten von Antisemitismus

Eine diskursanalytische Perspektive

Regina Wamper / Jens Zimmermann

Auch innerhalb der historischen und aktuellen Antisemitismusforschung wird in jüngerer Zeit zunehmend diskursanalytisch gearbeitet. Dies ist auch deshalb begrüßenswert, weil eine diskurstheoretische Perspektive einen Beitrag dazu leisten kann, offene Forschungsfragen der Antisemitismusforschung anzugehen.

Diskursanalyse arbeitet auf der Ebene der Erfassung soziokultureller Wissensbestände. In Bezug auf „Judenbilder“ ist so möglich, die spezifischen Strukturen und heterogenen kognitiven Muster in ihrer historischen und gesellschaftlichen Genese nachzuzeichnen und sie in ihrem Kontext zu erfassen, der ihre Bedeutung wesentlich konstituiert.

Im Folgenden soll daher skizzenhaft eine solche Perspektive in Bezug auf die innerhalb der Forschung diskutierten (Dis-)Kontinuitäten des Antisemitismus eingebracht werden.

Diese Frage hängt eng mit der Debatte um einen „Neuen Antisemitismus“ zusammen. So wie aktuell über eine grundlegende Veränderung antisemitischer Diskurse debattiert wird, ist sich die Antisemitismusforschung auch wenn es um den Übergang von Antijudaismus zu modernem Antisemitismus geht, keineswegs einig (vgl. etwa: Claussen 1994, Volkov 1990, Bergmann 2004). Von Bedeutung ist dabei, dass innerhalb antisemitischer Diskurse dieser Übergang häufig als ein eklatanter Bruch beschrieben wird, um sich durch eine (scheinbare) Abgrenzung vom allenthalben diskreditierten Rasse-Antisemitismus auf die ‚reine Form‘ eines christlichen Antijudaismus beziehen zu können.

Betrachten wir die Frage von Kontinuität und Bruch von Antisemitismus aus diskurstheoretischer Sicht, stellt sie sich nicht alternativ. Bei einer Annahme der Kontinuität kann nicht ein substantialistischer Wesenskern des Antisemitismus gemeint sein, der ewig identisch bleibe. Auch gilt es nicht, einen reinen Ursprung, einen Entstehungsort, einen Kern des Vorurteils zu entdecken. Foucault meint in einer Auseinandersetzung mit den Thesen Nietzsches zu der Frage nach dem Ursprung: „Warum lehnt der Genealoge Nietzsche es zumindest bei bestimmten Gelegenheiten ab, nach dem

„Eine diskursanalytische Perspektive ist in der Lage die Binarität von Bruch und Kontinuität von Antisemitismus zu überwinden und das Fortleben antisemitischer Stereotype in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext aufzuzeigen.“

Ursprung zu suchen? Weil es bei solch einer Suche in erster Linie darum geht, das Wesen der Sache zu erfassen, ihre reinste Möglichkeit, ihre in sich gekehrte Identität, ihre unveränderliche, allem Äußerlichen, Zufälligen, Späteren vorausgehende Form. Wer solch einen Ursprung sucht, der will finden, ‚was bereits war‘, das ‚Eigentliche‘ eines mit sich selbst übereinstimmenden Bildes [...] Aber was erfährt der Genealoge, wenn er aufmerksam auf die Geschichte hört, statt der Metaphysik zu glauben? Dass es hinter den Dingen ‚etwas ganz anderes‘ gibt [...] das Geheimnis, dass sie

gar kein Wesen haben oder dass ihr Wesen Stück für Stück aus Figuren konstruiert wurde, die ihnen fremd waren. [...] Ausdrücke wie Entstehung oder Herkunft bezeichnen den eigentümlichen Gegenstand der Genealogie besser als Ursprung. Diese Art Ursprung ist keine auf Ähnlichkeit basierende Kategorie, sondern gestattet es, die verschiedenen Merkmale auszubreiten und zu sortieren“ (Foucault, 1971, 168-172). An anderer Stelle schreibt er dementsprechend: „Man braucht nicht mehr diesen Punkt absoluten Ursprungs oder totaler Revolution zu suchen [...]. Man hat es mit Ereignissen verschiedener Typen und Ebenen zu tun, die in verschiedenen historischen Verknüpfungen festgehalten werden; eine Aussagehomogenität, die eingeführt wird, impliziert in keiner Weise, dass es künftig und für Jahrzehnte oder Jahrhunderte die Menschen dasselbe sagen und denken werden“ (Foucault 1981, 208f.).

Der Begriff der Kontinuität stellt also statt der Suche nach einem Ursprung und nach einer Wesenhaftigkeit die Regelmäßigkeit performativer Aussagen in den Vordergrund. Diese zeigen sich gerade auf motivischer Ebene, in den Verbindungen zwischen den Bildern, in den Rückgriffen auf Vorheriges und den neuen inhaltlichen Bestimmungen tradierter Stereotype. „Jede Aussage ist Träger einer gewissen Regelmäßigkeit und kann davon nicht getrennt werden“ (Foucault 1981, 206). Es geht darum, trotz der Änderung von Aussagebedingungen, trotz des Wandels gesellschaftlicher Kontexte, „trotz dieser Heterogenität hier und da eine gewisse Aussageregelmäßigkeit zu erkennen“ (Foucault 1981, 208).



Regina Wamper
Das Kreuz mit der Nation.
Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit

Edition DISS Band 18
ISBN: 978-3-89771-747-3
208 Seiten, 22 €

Religion und Glaube spielen in der völkisch-nationalistischen Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT eine zentrale Rolle. Die in diesem Zusammenhang vermittelten Bilder von Juden und Judentum tradieren durch ihre Verknüpfungen und Bezüge einen christlichen Antisemitismus und ein Verhältnis zum Christentum, das sich durch ein Zusammenspiel von christlich-fundamentalistischen Themen und völkischem Nationalismus auszeichnet. Diese Bilder belegen gleichzeitig, dass Antijudaismus immer noch eine aktuelle Form der Judenfeindschaft ist, und dass dieser christliche Antisemitismus mit Strategien des modernen und sekundären Antisemitismus verschränkt und gekoppelt ist.

Die diskursanalytische Studie untersucht exemplarisch die JF-Beiträge zu der Rede des damaligen Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann von 2003, in der er mit antisemitischen Argumenten die Shoa zu relativieren versuchte, zum Film »Die Passion Christi« von Mel Gibson sowie zu dem Buch »Die katholische Kirche und der Holocaust« von Daniel Jonah Goldhagen.



Margarete Jäger,
Jürgen Link (Hg.)
Macht – Religion – Politik. Zur Renaissance religiöser Praktiken und Mentalitäten

Edition DISS Band 11
ISBN: 978-3897717404
304 Seiten, 24 €

Dass mit Religion Politik gemacht wird und damit Macht und Herrschaft verbunden sind, ist keine neue Erkenntnis. Gerade in den letzten Jahren sind solche »Spiele der Macht« (Foucault) vor allem in Verbindung mit dem Islam diskutiert und problematisiert worden. Vielfach wird dabei jedoch die Frage vernachlässigt, inwieweit die politischen Grundlagen in Deutschland und Europa durch Religion geprägt sind und spirituelle Bedürfnisse (aus)nutzen. Das Buch fragt nach den religiösen Grundlagen des so genannten Abendlands. Auf welche Weise machen sich diese politisch geltend? Haben wir es mit einer Renaissance religiöser Phantasien zu tun? Nimmt ihr Einfluss auf die Politik zu?

Das Aufzeigen der Kontinuitäten im Antisemitismus soll also nicht die Brüche, die Diskontinuitäten ausschließen oder gar negieren. Zweifellos gibt es keine ungebrochene Linie, keinen zwangsläufigen Lauf der Geschichte, keine kausale Kontinuität. Die Annahme einer zwingenden kausalen Kontinuität jedoch würde die Veränderung historischer Kontexte, in denen sich Diskurse bewegen negieren und „ein geordnetes Ablaufen von Ereignissen auf einer lineare[n] Zeitachse [unterstellen] [...] Ereignisse außerhalb dieser Ketten sind [mit dieser Geschichtsauffassung] ebenso wenig denkbar wie Brüche, Sprünge oder Reversibilitäten innerhalb raum-zeitlicher Entwicklungen“ (Kuhn 2005, 34).

Wenn wir also die Genese des Antisemitismus betrachten, können wir nicht von einer ewigen Wiederkehr des Gleichen ausgehen, von einer unbrechbaren Tradition, von einem ewigen Antisemitismus, sondern von einer Fülle von diskursiven Ereignissen, allerdings innerhalb einer Aussagegenformation. „Besonders zu beachten sind die [...] so genannten Mikro- bzw. Makroereignisse. Die kleinen Ereignisse bevölkern als differentielle, diskontinuierliche, aleatorische und unpersönliche Ereignisse das historische Unbewusste [...], markieren Übergänge oder genetische Modifikationen von Machtbeziehungen, die noch nicht in einem etablierten Diskurs repräsentiert sind. [...] Die großen oder radikalen Ereignisse stehen dagegen für epistemologische Brüche [...]. Zwischen den beiden Ereignisordnungen liegen nicht wesentliche, sondern graduelle Unterschiede: es ist durchaus möglich, dass kleine Ereignisse große Wirkungen zeitigen, sofern sie allmählich eine Umgruppierung der Kräfte innerhalb eines Kräfteverhältnisses bewirken“ (Rölli 2004, 25f).

So wie wir von einer Kontinuität antisemitischer Diskurse, Haltungen und Maßnahmen ausgehen können, müssen wir somit ebenso von Brüchen und Diskontinuitäten, von Singularitäten, Kämpfen und

Gegendiskursen sprechen. Gerade die diskursanalytische Perspektive, die Antisemitismus auf der kognitiven Ebene nicht nur als konsistentes System beschreiben kann, sondern auch die Virulenz einzelner Ideologeme erfasst, ist in der Lage die Binarität von Bruch und Kontinuität zu überwinden und so das ungehemmte Fortleben einzelner antisemitischer Stereotype in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext aufzuzeigen. Als mikroanalytischer Seismograph registriert sie Antisemitismus in seiner kleinsten Transformation. Vor allem aber geht es darum, und da setzt die Kritische Diskursanalyse ein, antisemitisches Wissen, antisemitische Bilder und ihre diskursive Einbettung einer Kritik zuzuführen und so einer Essentialisierung dieser diskursiv erzeugten Bilder entgegenzuwirken, mehr noch: diese Bilder zu dekonstruieren.

Literatur:

Bergmann, Werner 2004: Geschichte des Antisemitismus, München: Ch. Beck

Claussen, Detlev 1994: Grenzen der Aufklärung - Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt/M.: Fischer

Foucault, Michel, 1971: Nietzsche, die Genealogie, die Historie. in: Daniel Defert und Francois Ewald (Hg.), 2002: Michel Foucault: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits. Bd. 2: 1970-1975. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 166-191

Foucault, Michel 1981: Archäologie des Wissens, Frankfurt/M.: Suhrkamp

Kuhn, Gabriel 2005: Tier-Werden, Schwarz-Werden, Frau-Werden. Eine Einführung in die politische Philosophie des Poststrukturalismus, Münster: Unrast

Rölli, Marc 2004: Einleitung: Ereignis auf Französisch, in: Rölli, Marc. (Hg.): Ereignis auf Französisch: Von Bergson bis Deleuze. München: Wilhelm Fink, 7-42

Volkov, Shulamit 1990: Das geschriebene und das gesprochene Wort. Über Kontinuität und Diskontinuität im deutschen Antisemitismus, in: Volkov, Shulamit: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert, München: Ch. Beck

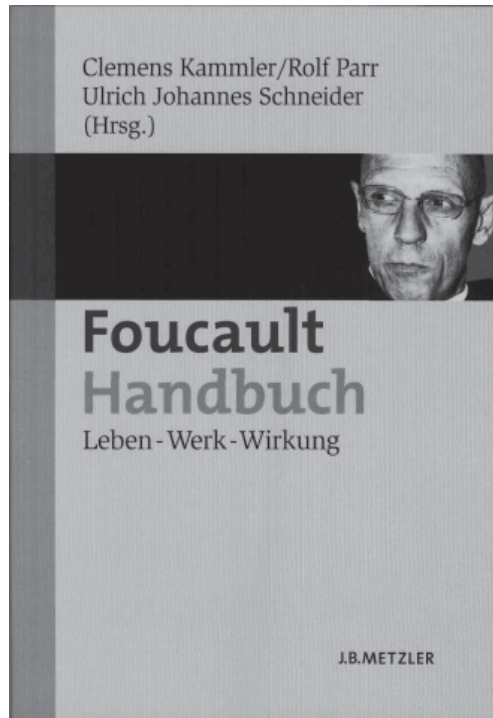
Michel Foucault als Diskursivitätsbegründer

Interview mit Rolf Parr (Universität Bielefeld), Mitherausgeber des Foucault-Handbuches

Du hast an der Herausgabe des Foucault-Handbuches mitgearbeitet, das Anfang September bei Metzler erschienen ist. Das Handbuch stellt den gesamten Foucault vor, seine Werke, zentralen Begrifflichkeiten und Konzepte sowie seine Rezeption und Wirkung in nahezu allen kulturwissenschaftlichen Disziplinen. Nun „boomt“ Foucault weiterhin, wohl gerade auch wegen der fortdauernden Rezeption der 4-bändigen Kleinen Schriften (Dits et Écrits). Was verspricht Ihr Euch als Herausgeber von diesem neuen voluminösen Band?

Auf einen ersten, kurzen Nenner gebracht: dass Foucault auf der einen Seite nicht nur ‚philologisch‘ zum ‚Klassiker‘ und damit in seinem politischen Wirkungspotenzial still gestellt wird (man könnte von ‚klassifiziert‘ in Analogie zu ‚mumifiziert‘ sprechen), auf der anderen, dass er nicht nur von den je eigenen disziplinären Anschlüssen bzw. Fragestellungen her wahrgenommen wird. Vielleicht kann das Handbuch mit dem Sichtbarmachen von Foucaults breiter Anschlussfähigkeit und Wirkung nicht nur im Spektrum der Humanwissenschaften dazu beitragen, auch bisher ungeahnte Querverbindungen ‚aktiv‘ werden zu lassen. Einen ersten Anlauf dazu hatten Clemens Kammler und ich ja bereits 2005 mit der KWI-Tagung „Foucault in den Kulturwissenschaften“ (Heidelberg: Synchron 2007) unternommen. Das Handbuch gibt jetzt die Möglichkeit, dies auf breiterer Basis fortzuführen und die Rezeption zugleich auf das Werk, die Foucaultschen Arbeitsbegriffe und ihre Kontexte (zurück) zu beziehen.

Entsprechend ist der Band auch von der Gliederung her angelegt: Einem kurzen Abriss zur intellektuellen Biographie, der einer ersten Verortung Foucaults in seiner Zeit



Clemens Kammler / Rolf Parr / Ulrich Johannes Schneider (Hrsg.):
Foucault-Handbuch
Leben – Werk – Wirkung
Unter Mitarbeit von Elke Reinhardt-Becker
Stuttgart: Metzler,
978-3-476-02192-2,
454 Seiten, 49,95 €

dient, folgen mit Teil II Artikel zu den einzelnen Werken bzw. Werkgruppen in chronologischer Anordnung, wobei die in jüngster Zeit sukzessive veröffentlichten „Vorlesungen“ ans Ende gestellt sind. Teil III ergänzt die Werkartikel um vier verschiedene Gruppen von Kontexten: Aufgenommen wurden Artikel zu den für Michel Foucaults Denken wichtigen Referenzautoren bzw. -texten, solche zu zeitgenössischen intellektuellen Bezügen in Frankreich, Beiträge zu den wichtigsten Anschlüssen an Foucaults Denken sowie zu Überscheidungen bzw. Differenzen mit anderen theoretischen Ansätzen und Denkrichtungen. Teil IV bietet ergänzend kürzere Beiträge zu den wichtigsten Arbeitsbegriffen Foucaults, die in ihrer Gesamtheit einen Einblick in das bieten, was Foucault selbst seinen ‚Werkzeugkasten‘ genannt hat. Der Rezeption Foucaults in einer notwendig begrenzten Zahl von wissenschaftlichen Disziplinen (vorwiegend aus dem Spektrum der

Geistes- und Sozialwissenschaften) geht Teil V nach, wobei aus der Perspektive eines je spezifischen disziplinären Fragezusammenhanges teils einzelne Werke, teils ganze Werkgruppen, teils besonders wichtige Theoreme fokussiert werden. Neben einer Bestandsaufnahme der Foucaultrezeption fragen die Artikel dieses Teils jeweils auch nach zukünftigen Möglichkeiten des Arbeitens mit Foucault.

Doch noch einmal zurück zur Frage: Dass Foucault ‚boomt‘ lässt sich wohl nicht nur mit dem Erscheinen der „Dits et Écrits“ erklären, auch wenn diese vier Bände sicherlich noch einmal zu einem Rezeptionsschub geführt haben. Mindestens ebenso hat das sukzessive (und fortdauernde) Erscheinen der Vorlesungen gewirkt, wobei es jeweils einen ersten Schub in der Beschäftigung mit Foucault beim Erscheinen der französischen Ausgabe gab, dann noch mal einen zweiten mit zeitlichem Versatz mit

Siegfried Jäger (Hg.)

Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse?

Ansätze zu einer Wende kritischer Wissenschaft

Der Band umfasst die auf dem 20. Colloquium des DISS gehaltenen Vorträge und Diskussionen sowie um weitere das Thema abrundende Artikel. Dabei handelt es sich zum einen um theoretisch-methodische Beiträge, die sich zudem mit den Perspektiven poststrukturalistischer Theorie auseinandersetzen, zum anderen um empirische Beiträge, die die Anwendungsmöglichkeiten von Diskursanalysen zu „brisanten“ Themen aufzeigen.



Edition DISS Band 20
ISBN: 978-3-89771-749-7
272 Seiten, 24 Euro

Siegfried Jäger (Duisburg): Von der Ideologiekritik zu Foucault und Derrida. Ein Beitrag zu einer möglichen Wende kritischer Wissenschaft und Politik
Gabriel Kuhn (Stockholm): Zum politischen Stellenwert poststrukturalistischer Theorie

Jürgen Link (Dortmund): WNLIA! Zur politischen Dimension des diskursanalytischen Konzepts der Zeitschrift „kultuRRevolution“

Ulrich Brierle (Leipzig): Historische Wahrheitskämpfe und „Fernsehgeschichte“ (Interview)

Franz Januschek (Oldenburg): Kritische Diskursanalyse als Spiel

Vassilis Tsianos (Hamburg) / Serhat Karakayali (Berlin): Das Konzept der Autonomie der Migration und das Recht auf Flucht der „kommenden Gemeinschaft“. Ein Einsatz zwischen Marx und Foucault

Ferda Ataman (Berlin): Kritische Analyse einer sinnfreien Diskursverschränkung: Die deutsche Integrationsdebatte und der EU-Beitritt der Türkei

Carolin Ködel (Hamburg): Positionierungen und Selbstpositionierungen von religiösen MuslimInnen

Claudia Zuser (Wien): „Die Festung Europa wird in Afrika ausgebaut.“ Überlegungen zu Migration, Rassismus und europäischer Identität

Markus Wrbschek (Wien): Der arbeitende Mensch im Brennpunkt der Europäischen Beschäftigungspolitik

Jobst Paul (Duisburg): Das jüdische Projekt der integrativen Gesellschaft im 19. Jahrhundert und das Editionsprojekt „Jüdische Autoren zum Projekt der Moderne“ und ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft

Regina Wamper (Aachen) / Martin Dietzsch (Duisburg): Ein Streifzug durch rechte christliche Landschaften

der deutschen Übersetzung. Dadurch ist Foucault über eine inzwischen doch schon relativ lange Zeitspanne hinweg ständig in der Diskussion geblieben. Schien Foucault Ende der 1980er Jahre für einen Moment ‚ausgeforscht‘ zu sein, so haben die Vorlesungen immer wieder zu Neuansätzen geführt, von denen der stimulierendste vielleicht die Gouvernementalitätsforschung war.

Foucault gilt – zumindest in Teilen der Kulturwissenschaften und einigen ihrer Disziplinen – auch ein Vierteljahrhundert nach seinem Tod, als ein ‚umstrittener‘ Denker. Wird das Handbuch dazu beitragen, diese Situation zu verbessern?

Ich zögere gleichermaßen, darauf mit einem eindeutigen „Ja“ wie auch mit einem eindeutigen „Nein“ zu antworten. Sofern ‚umstritten‘ impliziert, Foucaults Werk als nicht-operativ ad acta zu legen, wäre das natürlich fatal. Wollte das Handbuch Foucault als einen in diesem Sinne ‚umstrittenen‘ Autor ausweisen, würde es sich zugleich selbst überflüssig machen. Ebenso fatal wäre umgekehrt eine unstrittige, ‚eindimensionale‘ Vereinheitlichung Foucaults zu einem statischen und kaum mehr wirksamen Denkmal. Das Handbuch geht diesen beiden Kretin-Alternativen gegenüber einen dritten Weg, indem es versucht Foucault als das darzustellen, was dieser selbst in „Was ist ein Autor?“ als „Diskursivitätsbegründer“ bezeichnet und an Marx und Freud festgemacht hat: nicht einfach nur Autoren eines Buches oder (Lebens-)Werkes, sondern Denker, die ganz neue Ordnungen der Diskurse hervorgebracht und das Feld des Sag-, Sicht- und auch wissenschaftlich Bearbeitbaren nachhaltig verändert haben. Indem solche „Diskursivitätsbegründer“ die Formationsregeln und damit Möglichkeiten für ganz andere Texte eröffnet haben, stellt sich wissenschaftliches und in der Folge nicht selten auch alltägliches Denken ‚vor‘ und ‚nach‘ ihnen als grundlegend verschieden dar.

Diese Charakteristik von Diskursivitätsbegründern aber trifft in

ganz besonderer Weise auch auf Foucault selbst zu. Indem er die Aufmerksamkeit auf die über die Einzelindividuen und ihre Äußerungen hinausgehenden Regularitäten von Diskursen lenkt, eröffnet er neue, nicht von vornherein thematisch oder historisch begrenzte Diskursmöglichkeiten und macht so neue Sichtweisen auf vermeintlich altbekannte Gegenstände wie ‚Sexualität‘, ‚Wahnsinn‘ oder ‚Normalität‘ möglich. Das beinhaltet allerdings stets auch die Selbstrevision des eigenen Denkens, die dazu führt, dass man Foucaults Arbeiten als bisweilen in sich widersprüchlich (und von daher wiederum ‚umstritten‘) wahrnimmt und ebenso wenig eine teleologisch angelegte Fortschrittslinie konstruieren kann. Mit dem Handbuch möchten wir dieses sich beständig selbst revidierende, von ganz verschiedenen Punkten aus immer wieder neu ansetzende Denken des ‚Diskursivitätsbegründers‘ Michel Foucault deutlicher als vielleicht bisher sichtbar machen, ohne es dabei vorschnell unter solchen griffigen Labels wie ‚Post-‘, oder ‚Neostrukturalismus‘ zu vereinheitlichen. Foucault in diesem letzten Sinne als ‚umstritten‘ anzusehen, würde ich als etwas sehr Positives ansehen und keinesfalls mehr als Mangel.

Das Handbuch bezieht sich fast ausschließlich auf „Foucault in den Kulturwissenschaften“. Nun ist mir nicht entgangen, dass sich zunehmend auch Naturwissenschaftler auf Foucault beziehen, etwa Geographen, Mediziner ... Können auch Naturwissenschaftler von diesem Handbuch profitieren bzw. wie könnte man ihnen nahebringen, dass Foucault für sie spannend sein könnte, denn „objektive Wahrheiten“ können ja auch sie nicht verkünden?

Es ist völlig richtig, dass der Schwerpunkt bei den Kulturwissenschaften liegt, was seinen Grund natürlich auch in unserer eigenen Profession hat. Andererseits: Denkbar wäre ja auch ein noch engerer Begriff von Geisteswissenschaften gewesen, demgegenüber wir mit einem weitest möglich expandierten Konzept von Kulturwissenschaften

bereits entgegen gearbeitet haben. Aber natürlich wäre – etwa bei einer zweiten Auflage – auch an Artikel zu einzelnen Naturwissenschaften zu denken, die sich ja etwa da, wo sie ihre eigene Geschichte betreiben, in der Tat auch mit Foucault beschäftigen, oder – wie Medizin und Psychiatrie – sogar direkt an Foucault anknüpfen können. Für andere Bereiche wie Biologie, Architektur oder eben auch Geographie ist es dagegen ziemlich schwer, an die einschlägig erfahrenen Kollegen zu kommen. Bisher übernimmt im Handbuch der Überblicksartikel „Naturwissenschaften“ von Hartmut Kögler noch eine gewisse Stellvertreterfunktion. Er weist u.a. darauf hin, dass mit Foucault die naturwissenschaftliche Perspektivierung ihrer Gegenstände kritisch auf ihre diskursiven, sozialen und kulturellen Ursprünge untersucht werden könnten. Das würde ein Stück weit sicher in Richtung einer Dekonstruktion bestehender naturwissenschaftlicher Realitätsbilder gehen.

Von daher wäre es für uns ein Glücksfall, wenn sich FoucaultforscherInnen aus den Naturwissenschaften bei uns melden und Desiderate anmahnen würden, die sich dann vielleicht bei einer zweiten Auflage berücksichtigen lassen. Dabei wäre allerdings darauf zu achten, ob man letztlich nicht ‚nur‘ kulturwissenschaftliche Arbeit auf naturwissenschaftlichem Terrain leistet, oder mit Foucault etwas in den Naturwissenschaften Spezifisches leistet. Im ersten Falle bliebe ja immer so ein Rest von ‚kulturwissenschaftlichem Imperialismus‘ zurück, der nichts anderes machen würde, als die Naturwissenschaften auf ihre blinden kulturwissenschaftlichen Flecken hinzuweisen (was nicht heißen soll, dass das nicht höchst sinnvoll wäre). Einen Modellfall könnte hier vielleicht wirklich die Geographie bilden, denn wir haben ja einerseits die Aufnahme diskursanalytischer Elemente in die Geographie (besonders im Kontext der ‚Raum‘- und ‚Globalitätsdiskussionen‘), andererseits einen ‚geographical turn‘ in den Literatur- und Kulturwissenschaften. Hier läge Annäherung auf dem Weg über

Foucault möglicherweise besonders nahe.

Manche „Linke“ machen Foucault und seinen RezipientInnen gelegentlich den Vorwurf des Reformismus oder beklagen, dass Diskurse gut und schön seien, dass dies aber den von Armut und Krankheit Betroffenen völlig egal sein könnte. Handelt es sich hierbei nicht um ein gravierendes Missverständnis der Foucaultschen Diskurstheorie?

Solche Vorwürfe gegen die Foucaultsche Diskurstheorie trennen scharf nach ‚Diskursivem‘ und ‚Nicht-Diskursivem‘, während Foucault sich ja gerade für die Koppungen interessiert hat, zum einen die von Spezialdiskursen untereinander (inter-diskursiv), dann aber auch von Diskursen zu nicht-diskursiven Elementen sozialer Praxen (extra-diskursiv); so schwer gerade letztere zu fassen sind. Von daher geht bei Foucault gerade nicht alles in Diskursen auf, von denen dann – so ja der gängige Vorwurf – kein direkt sichtbarer Weg zur Verbesserung der Situation von Arbeitslosen, Flüchtlingen, Armen und Kranken führe. Aber Foucault sagt ja nirgendwo ‚Die Welt sie war nicht, ehe der Diskurs sie schuf‘. Vielmehr besteht ja bei Foucault zwischen dem Rede- und dem Handlungsaspekt von Diskursen ein Zusammenhang und damit wiederum einer zwischen Diskursen und Macht. Weiter stellen Diskurse Anschlüsse bereit für die Ausbildung von individuellen, aber auch kollektiven Subjektivitäten; sie generieren also Subjekteffekte, nach denen Individuen dann wiederum ihr Handeln ausrichten.

Von daher ist politisches Handeln (gerade auch intervenierendes!) direkt mit Diskursen verknüpft. Man kann wohl nicht oft genug sagen, dass Diskurse eminent *materielle* Produktionsinstrumente bestimmter sozialer Praktiken sind, auch solcher, die Kranke, Arme, Hartz IV-Empfänger usw. sehr direkt betreffen. Und schließlich: Das Wissen um diskursive Regularitäten lässt sich immer auch gegenhegemonial, gegen vorhandene Machtstrukturen wenden. Erst indem die Tätigkeit des dis-

kurstheoretisch arbeitenden Archäologen die Regularitäten, denen soziale Praktiken unterliegen, überhaupt erst sichtbar macht, eröffnet sie auch die Möglichkeit zu diskurstaktischer Intervention. Dann aber kann man kaum noch sagen, dass Foucaults Diskursbegriff die Denkmöglichkeit einer Resistenz gegen ‚die Macht‘ fehle. Das mag möglicherweise den von Armut und Krankheit in ihren elementaren Lebensbedürfnissen Betroffenen wenig nützen, aber diejenigen, die mit vielleicht langfristigen Effekten intervenieren und für eine andere Politik kämpfen wollen, bekommen analytische Werkzeuge in die Hand, die nicht zu unterschätzen sind.

(Wie) entging Foucault der „Unerbittlichkeit der Historizität“ (Ulrich Brieler)?

Das hat Uli Brieler viel besser ausgeführt, als ich es hier kann. Daher nur exemplarisch am Beispiel der Konzeption von Subjektivität: In der „Ordnung der Dinge“ hat Foucault gezeigt, dass das Verhältnis von Subjekt und Wissen als Subjektivierung, als Subjektformung verstanden werden muss, die innerhalb eines ganz bestimmten historischen Rahmens, aber nicht zeitenübergreifend gültig ist, nicht von einem sich selbst ewig gleichen menschlichen Subjekt handelt. Hier kommt das radikal historische Denken Foucaults zum Zuge, das Ulrich Brieler in seiner Arbeit herausgearbeitet hat, und auf das Foucault selbst in dem längeren Aufsatz »Die Wahrheit und die juristischen Formen« hingewiesen hat, in dem es heißt, dass es ihm um ein Subjekt gehe, das sich innerhalb der Geschichte immer wieder neu konstituiere, das beständig neu von der Geschichte begründet werde. Allen ahistorischen bzw. transzendentalen Festlegungen menschlicher Subjektivität entgeht Foucault also durch forciertes Historisieren. Hinzu kommt, dass Foucault uns wie vielleicht kein anderer klar gemacht hat, dass wir als *ein* empirisches Subjekt in der Regel auch gleichzeitig mit *verschiedenen* soziale Subjektivierungen zu tun haben.

Das Interview führte Siegfried Jäger.



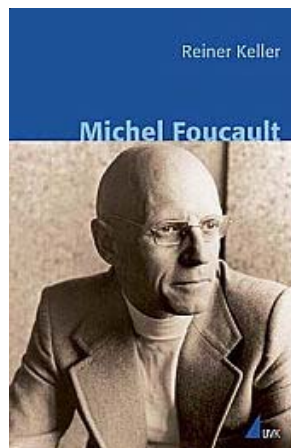
Richard Faber / Frank Unger (Hg.)
Populismus in Geschichte und Gegenwart
 2008 Würzburg: Königshausen und Neumann
 ISBN 978-3-8260-3803-7
 277 Seiten, 38 €

Der Begriff des Populismus wird, insbesondere in den Massenmedien, aber nicht nur dort, zunehmend inflationär und in aller Regel pejorativ verwendet, obwohl er ja dazu geeignet ist, den Willen des Volkes, des Populus zu benennen. Das vorliegende Buch diskutiert dieses Problem einmal auf diskurstheoretischem Hintergrund – wobei die Auseinandersetzung Jürgen Links mit den Thesen von Ernesto Laclau besondere Hervorhebung verdient –, zum anderen historisch und zum dritten international (amerikanische und europäische Populismen). Damit ist dieses lesenswerte Buch nicht nur dazu geeignet, einen Begriff zu problematisieren, sondern Grundannahmen modernen Demokratieverständnisses in Bewegung zu bringen.

Der Mitherausgeber dieses Bandes, Frank Unger, profunder Kenner des us-amerikanischen Fundamentalismus, Referent auch auf DISS-Colloquien und Autor in DISS-Publikationen, ist kurz nach Fertigstellung dieses Bandes verstorben. Wolf-

Dieter Narr widmet ihm einen Nachruf in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift kultuRRevolution (kRR 54/2008), auf den wir an dieser Stelle nur verweisen können.

Siegfried Jäger



Reiner Keller
Michel Foucault
 2008 Konstanz: UVK
 ISBN 978-3-89669-549-9
 154 Seiten, 14,90 €.

An Einführungen in das Foucault'sche Denken mangelt es wahrlich nicht. Umso mehr sticht daher das Buch von Reiner Keller heraus. Neben einer soliden und gut lesbaren Darlegung der Schriften von Michel Foucault, schlägt Keller einen innovativen Pfad ein: Foucault wird von ihm als „Klassiker der Wissenssoziologie“ gelesen. Zwar wird Michel Foucault nicht als Wissenssoziologe par excellence, sondern als kritischer Stichwortgeber gedeutet, der mit seinem Denken ein bisher nicht realisiertes Potenzial für diese Bindestrich-Soziologie bereitgestellt habe. Dieses Programm zielt „auf die Erschütterungen heutiger Selbstverständlichkeiten und Gewissheiten des gesellschaftlichen Wissens und Handelns.“ In der Werkzeugkiste sind dabei u.a. die Denkfiguren des Diskurses und des

Dispositivs, die neue wissenschaftssoziologische Einsichten ermöglichen könnten. Reiner Keller positioniert Michel Foucault in seiner Einführung neben den „Klassikern der Wissenssoziologie“ wie z. B. Luckmann oder Schütz, ohne ihm den kritischen Stachel zu ziehen.

Jens Zimmermann

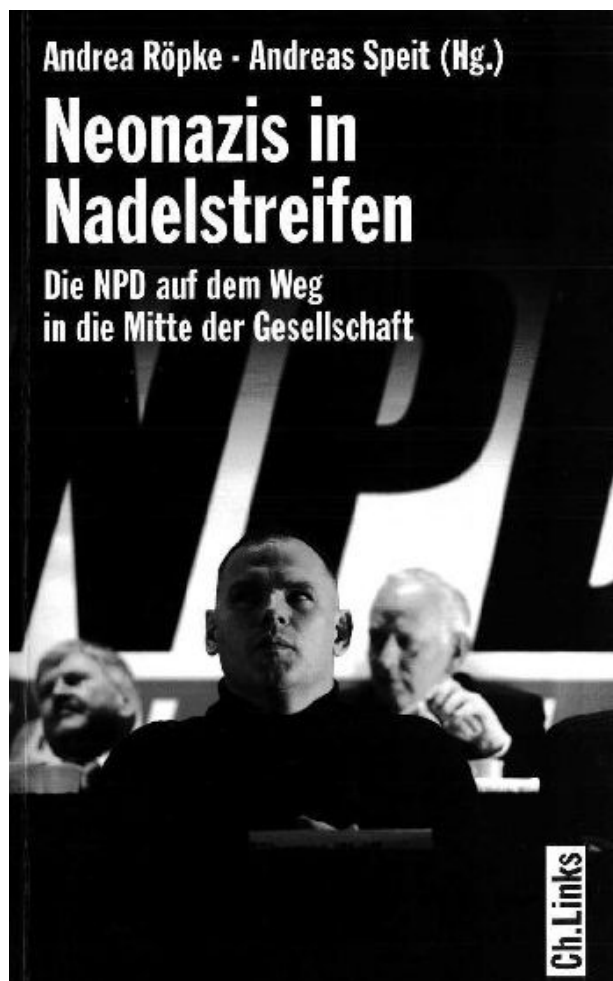


Mehmet Mihri Özdoğan
Nation und Symbol. Der Prozess der Nationalisierung am Beispiel Türkei
 2007 Frankfurt: Campus
 ISBN 978-3-593-38366-8
 316 Seiten, 37,90 €

Der Band von Mehmet Miri Özdoğan, entstanden auf der Grundlage seiner Dissertation 2005, ist gerade angesichts der aktuellen Renaissance nationalistischer Positionen in der Türkei von großer Relevanz. In Umfragen ist der wachsende Zuspruch der türkischen Bevölkerung zu nationalistischen Positionen seit Jahren ablesbar. Nicht zuletzt ist vielen Türken das Wiedererstarken der PKK im Nordirak Beleg dafür, dass sie nicht auf die internationale Gemeinschaft setzen sollten, wenn es um die Wahrung ihrer Interessen geht. In der Folge ist die eventuelle Aufgabe von Souveränitätsrechten etwa zugunsten einer europäischen Integration politisch kaum

noch konsensfähig. Der Mord an dem armenischstämmigen Publizisten Hrant Dink 2007 lenkte den Blick der Weltöffentlichkeit auf das Nationalismusproblem der Türkei. Der Band von Özdoğan leistet einen Beitrag dazu zu verstehen, wie der Bezug aufs Nationale bei den einzelnen Subjekten in der Gesellschaft stattfindet. Der Autor entwickelt eine entsprechende Theorie über das Wechselspiel präsentativer Symbolik, die er beispielhaft auf die Türkei anwendet, die aber auch für andere Gesellschaften von Relevanz sein wird. Er betont dabei die Bedeutung der sozialintegrativen Funktion präsentativer Symbolik, was gleichbedeutend ist mit der stärkeren Betonung des Modus der Übermittlung der Nation denn ihres Inhalts. Eine Besonderheit der Türkei sieht der Autor darin, dass mit dem Verfall islamischer Symbolik nach Gründung der Republik und ihrem Ersatz durch das Nationale der Wandel hier sehr plötzlich und tief greifend war. Folge ist sowohl die besondere Schwierigkeit bei Reflektion der eigenen Geschichte – der Umgang mit den Verbrechen an den Armeniern kommt hier sofort in den Sinn –, wie aber auch ein verbleibendes Spannungsfeld zwischen Islam und Nation. Damit liefert der Autor nebenbei auch eine ausgesprochen nützliche Folie, vor der die Gleichzeitigkeit von Islamisierung und Rekurs aufs Nationale verstanden werden kann, die die momentane politische Situation in der Türkei kennzeichnet.

Dirk Halm, Essen



Andrea Röpke / Andreas Speit (Hg.)

Neonazis in Nadelstreifen. Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft

2008 Berlin: Links-Verlag
ISBN: 9783861534679
208 Seiten, 16,90 €

Andrea Röpke und Andreas Speit haben bereits in den letzten Jahren mehrfach zur Thematik des Rechtsextremismus veröffentlicht. Im vorliegenden Buch versammeln sie Beiträge, die Wege und Strategien der NPD aufzeigen, wie diese Sympathien und Akzeptanz in der Gesellschaft zu gewinnen versucht. Dabei lebt das Buch von der Gegenüberstellung von der sich als bürgernah und jugendfreundlich verkaufenden NPD und der Darstellung rechter Gewalttaten und ihrer Folgen.

Gezielt sucht die NPD ihre kommunalpolitische Verankerung voranzutreiben, in dem sie sich als die wahre Vertreterin der Interessen des von den großen Volksparteien im Stich gelassenen „kleinen Mannes“ verkauft. So werden die hilflos klingenden Stellungnahmen von Kommunalpolitiker wieder gegeben, die beobachten, wie in ihrem Wahlkreis die Akzeptanz gegenüber rechtsextremen Inhalten wächst. Meist sind die Vertreter der NPD längst in den kommunalen Strukturen wie Vereinen und Bürgerververtretungen verwurzelt. So fällt es schwer, den menschenverachtenden Hintergrund ihrer Parteizugehörigkeit herauszuheben. Dass der Zuspruch der NPD sich aber nicht nur auf den Osten Deutschlands beschränkt, verdeutlicht ein Beitrag über die Aktivitäten der

NPD in Bayern.

Die Einzelportraits von Opfern rechter Gewalttaten sowie die Anzahl von Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund zeigen aber, dass die NPD nicht die friedliebende, hilfsbereite Partei ist, als die sie sich zu verkaufen sucht. Eine Partei, die als „Gravitationsfeld der rechten Szene“ anzusehen ist, und die die Kooperation mit „freien Kameradschaften“ sucht, kann sich einer Verantwortung gegenüber rechtsextremen Straftaten und Ausschreitungen nicht entziehen. Umso erschütternder klingen die Darstellungen, wenn die Opfer berichten, wie sie auch von staatlicher Seite im Stich gelassen wurden. Bekanntester Fall ist hier der Überfall in Halberstadt auf eine Schauspielerguppe, wo erst die Polizei am Ort des Geschehens versagte, so dass die Täter entkommen konnten, und dann der Prozess von den Opfern als „Farce“ empfunden wurde.

Doch wird auch aufgezeigt auch, dass sich der Druck rechter Gruppierungen nicht nur auf Einwanderinnen, sondern auch auf Frauen und Kinder richtet, die psychische wie physische Gewalt über sich ergehen lassen müssen.

„Neonazis in Nadelstreifen“ versammelt leicht zu lesende Beiträge, die gut recherchiert sind und verdeutlichen, dass eine Partei, die die Schwachen in der Gesellschaft ausgrenzt und unterdrückt, inakzeptabel ist. Gleichzeitig wird die Frage danach, warum diese in Teilen der Bevölkerung trotzdem Akzeptanz erfährt, nicht unbeantwortet gelassen.

Katrin Huck, Leipzig



Edition DISS Band 16
ISBN: 978-3-89771-745-9
240 Seiten, 25 €

Ronald Hartz, Tom Karasek, Clemens Knobloch (Hg.)
Inszenierte Konflikte – Inszenierter Konsens
Konflikt- und Einigkeitskommunikation in den Printmedien und Organisationen

Wie „Konsens“ und „Konflikt“ zu beweglichen Ressourcen machstrategischer Inszenierungen in der Öffentlichkeit und in Organisationen werden, untersuchen die Beiträge dieses Bandes. Sie zeigen, dass in der Regel die wirklichen Umwälzungen der Gesellschaft nicht als solche zu Bewusstsein kommen, weil sie von wirksamen „Konsensfiktionen“ flankiert und gepolstert werden: Gegen „verantwortliche“ Schulen, „autonome“ Universitäten, „aktivierte“ Sozialhilfeempfänger geht keiner auf die Barrikaden, weil Autonomie, Aktivität und Verantwortung als einwandsresistente Werte und Worte gelten.



Edition DISS Band 13
ISBN: 978-3-89771-742-8
259 Seiten, 24 €

Siegfried Jäger / Dirk Halm (Hg.)
Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis

Insbesondere nach dem 11.9.2001 ist in den Medien in Verbindung mit Einwanderung häufig ein „binären Reduktionismus“ anzutreffen: Muslimen (und anderen Einwanderern) werden pauschal schlechte Eigenschaften, „Eingeborenen“ dagegen vor allem gute Eigenschaften zugeschrieben. Hierin sehen die Autorinnen ein ernsthaftes Hindernis für eine „friedliche Koexistenz“ der Kulturen – weltweit.

Mit Beiträgen von Teun A. van Dijk, Dirk Halm, Siegfried Jäger, Carolin Ködel, Marina Leokova, Jürgen Link, Jobst Paul, Horst Pöttker, Sabine Schiffer und Zeliha Yetik.

Die NPD ist keine Partei wie jede andere

Martin Dietzsch

Die Innenminister der Länder und des Bundes haFrühjahr 2008 mehrheitlich gegen ein neues NPD-Verbotsverfahren ausgesprochen. Das ist nicht überraschend, aber deshalb nicht weniger fatal.

Die NPD ist keine Partei wie jede andere. Sie ist auch nicht einfach nur »verfassungsfeindlich«. Sie kombiniert eine geschlossene, menschenverachtende Weltanschauung mit Einschüchterung und Gewalt, und sie nutzt geschickt die Schwächen des demokratischen Staates aus.

Die von ihr ausgehende Gefahr wird immer noch unterschätzt. Es wächst so etwas heran, wie eine moderne NSDAP. Dass sie noch über keine talentierte Führerfigur verfügt und noch weit von den Schalthebeln der Macht entfernt ist, kann nur ein schwacher Trost sein. Die NPD ist nicht nur verfassungsfeindlich, sondern verfassungswidrig, und man muss dem Bundesverfassungsgericht nur die Chance geben, dies auch in einem Urteil festzustellen. Ein solches Verbot würde das Problem des Rechtsextremismus nicht aus der Welt schaffen. Es würde aber einer auch im europäischen Vergleich ungewöhnlich gewalttätigen und radikalen Variante des Rechtsextremismus die Flügel stutzen und den staatlichen Schutz entziehen.

Erinnern wir uns. 2003 scheiterte der erste Anlauf zu einem NPD-Verbot vor dem Bundesverfassungsgericht. Die Klageschriften führten öffentlich zugängliche Quellen gegen die NPD ins Feld, vor allem Texte, die von der Partei selbst veröffentlicht worden waren. Die Chancen für ein Verbot wurden damals als sehr hoch eingeschätzt. Es stellte sich aber heraus, dass einiges aus diesem Belastungsmaterial von Autoren stammte, die über eine Nebeneinkunft beim Staat verfügten und dass dies dem Gericht vorsätzlich verschwiegen worden war. Das Bundesverfassungsgericht verlangte, ihm gegenüber in Sachen V-Leute mit offenen Karten

zu spielen. Dazu war man nicht einmal ansatzweise bereit, und deshalb scheiterte das Verfahren. Hier ist nicht von Geheimagenten, von verdeckten Ermittlern, oder von Aussteigern die Rede. V-Leute in der NPD und deren Umfeld sind Rechtsextremisten, die Rechtsextremisten bleiben, die die Organisation aktiv aufbauen und vorantreiben, und immer wieder kommt es vor, dass sie auch an schweren Straftaten beteiligt sind. Sie unterscheiden sich von ihren Kameraden nur durch eine kleine Nebeneinkunft. Sie liefern auf konspirativem Wege Spitzelberichte an ihren V-Mann-Führer. Die so erlangten Informationen haben zweifelhafte Qualität, werden von den konkurrierenden Geheimdiensten eifersüchtig gehütet, und sie sind so geheim, dass sie nicht zu einer wirksamen Bekämpfung der NPD verwendet werden können.

Die V-Mann-Dichte in der NPD ist sehr hoch. Jedes von der NPD produzierte Material könnte durch die Mitwirkung von V-Leuten »kontaminiert« sein. Man muss sich das einmal vorstellen: Bei den Bundesvorstandssitzungen der NPD kommen die V-Männer des Bundes und der Länder und der anderen Geheimdienste zusammen, die alle von einander nichts wissen, und schreiben eifrig Spitzelberichte über andere V-Männer. Und das Ganze nutzt der NPD mehr als es ihr schadet. Es sei nur daran erinnert, dass ein gewisser Adolf Hitler seine politische Karriere als V-Mann der Reichswehr begann.

Von einer Kontrolle oder Steuerung der NPD durch die Geheimdienste kann nicht die Rede sein, das gehört ins Reich der Verschwörungsmethoden und wird am eifrigsten von der NPD selbst als Schutzbehauptung verwendet, wenn sich mal wieder einer der ihren bei einer schweren Straftat hat erwischen lassen.

Geheimdienste entwickeln immer ein gewisses Eigenleben und werden leicht zum Selbstzweck. Deshalb unterliegen sie auch der de-

mokratischen Kontrolle. Das sollte in demokratischen Staaten jedenfalls so sein. Vielleicht fehlt es ja an tapferen Politikern, die diese unpopuläre Kontrollfunktion auch wirksam ausüben? Liebe Politiker, verschont uns bitte mit weiteren Verbotsdiskussionen, wenn Ihr nicht die den Mut habt, das V-Mann Unwesen einzuschränken!

So wird die NPD also weiter als das gelten, was sie nicht ist: als eine ganz normale Partei. Sie wird gefördert durch staatliche Parteienfinanzierung und V-Mann-Gehälter; Spenden sind steuerlich absetzbar. Sie bemüht die Gerichte, um Aufmärsche und Kundgebungen zu erzwingen und Kritiker mundtot zu machen. Aus Polizeiperspektive werden diejenigen zu »Störern«, die mit bewundernswerter Courage gewaltfrei Neonazi-Aufmärsche blockieren, um denen nicht den öffentlichen Raum zu überlassen. Schlagstöcke und Wasserwerfer gegen Demokraten, damit Neonazis marschieren können. Herr Biedermann hat die Brandstifter wieder in seinem Dachstuhl einquartiert, und das einzige, was ihn stört, sind die nörgelnden Nachbarn, die etwas von »Feuergefahr« faseln.

Martin Dietzsch ist zusammen mit Alfred Schobert der Verfasser von „V-Leute bei der NPD. Geführte Führende oder führende Geführte.“ Sonderausgabe der Archiv-Notizen.



Workshop des AK Rechts im DISS

„Aktuelle Entwicklungen auf Seiten der extremen Rechten“

Am 11. Oktober 2008 führte der „Arbeitskreis Rechts“ des DISS im DISS einen Workshop durch. Er befasste sich zum einen mit den Versuchen der extremen Rechten, eine jungkonservative „Gegenelite“ zu bilden, etwa in Gestalt des Instituts für Staatspolitik, der Konservativ-subversiven Aktion oder auch der Jungen Freiheit. Daneben wurden rechtspopulistische Ansätze auf kommunalpolitischer und regionaler Ebene (Pro Köln, Pro NRW) und die „Systemkritik“ von rechts (NPD, Nationalrevolutionäre, Neonationalsozialisten) thematisiert.

So referierte der Fraktionsvorsitzende der Linken in Köln, *Jörg Detjen*, über die „Bürgerbewegung Pro

Köln“ als ein aktuelles Beispiel rechtspopulistischer Politikansätze. Dabei machte er auch deutlich mittels welcher lokaler Strategien einer solchen Bewegung beizukommen ist.

Volkmar Woelk (Leipzig) ging unter dem Titel „Wenn die Wölfe kommen und die Menschen gehen.... Der völkische Antikapitalismus in der Erprobungsphase vor Ort“ auf die Verhältnisse im Bundesland Sachsen ein. Seine Ausführungen machten einmal mehr deutlich, wie stark dort makroökonomische Gesichtspunkte der NPD in die Hände spielen.

Aus dem DISS referierte *Regina Wamper* zum Thema Antisemitismus in der „Jungen Freiheit“ und der „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der NPD.

Helmut Kellershohn, ebenfalls DISS, beschäftigte sich mit der Provokationselite im „Vorbürgerkrieg“ und dem strategischen Konzept des „Instituts für Staatspolitik“.

Mit Mittelpunkt der Diskussionen standen das Trennende und die Gemeinsamkeiten dieser unterschiedlichen strategischen Konzepte und ihre jeweiligen Erfolgsaussichten. Dabei wurde auch auf die Einschätzung Bezug genommen, dass sich die verschiedenen Strömungen der extremen Rechten bei aller Abgrenzung und Konkurrenz zum Teil gegenseitig ergänzen.

Workshop der Diskurswerkstatt im DISS und des Seminars Kritische Diskursanalyse an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg am 29. und 30.9.2008 in Duisburg

Diskurstheorie und Diskursanalyse

Fünf Schwerpunkte der Diskussion über die Entwicklung von Diskurstheorie und Kritischer Diskursanalyse standen im Zentrum eines gemeinsamen Workshops Duisburger und Oldenburger Diskursanalytikerinnen (mit Gästen aus Hannover und Warschau), der im Anschluss an das DISS-Colloquium 2007 in Würzburg geplant worden war, um einige offene Fragen weiter zu entwickeln. Dabei ging es um:

- das Verhältnis von Gesprächs- und Diskursanalyse
- die Erfassung von Macht und Herrschaftsverhältnissen durch die Kritische Diskursanalyse
- Probleme der Operationalisierung von Dispositiven
- die Frage der „Vollständigkeit“ von Diskursanalysen

- Grundsatzüberlegungen zur Möglichkeit fundierter Kritik angesichts Foucaults Diktum nur jeweils historisch gültiger Wahrheiten und unterschiedlicher Perspektiven von Wirklichkeitsdeutungen



Franz Januschek (Oldenburg) erläutert seine Sichtweise auf die Diskurstheorie



Edition Diss Band 15
ISBN: 978-3-89771-744-2

160 Seiten, 19,80 €

Susanne Spindler, Iris Tonks (Hg.)
Ausnahmezustände. Krise und Zukunft der Demokratie

Ausnahmezustände verweisen als solche auf eine – wie auch immer geartete – Normalität. Diese Normalität wird häufig erst dann als solche erkannt, wenn sie in Gefahr geraten ist und sie ist nicht für alle Gesellschaften die gleiche. Immer aber bedeuten Ausnahmezustände Denormalisierungen, denen mit Normalisierungsstrategien beizukommen versucht werden.

Die Beiträge gehen Normalität und Ausnahmezuständen in unterschiedlichen Diskursen nach und diskutieren, mit welchen demokratischen Gegenmodellen derzeit gängigen Normalisierungsversuchen begegnet werden kann.

Mit Beiträgen von Ulrich Brieler, Anne Huffschild, Jürgen Link, Mohssen Massarrat, Dorothee Obermann-Jeschke, Jobst Paul, Heiko Kauffmann und Susanne Spindler.

Das DISS gratuliert

Im September 2008 erhielt Prof. Michael Brocke, Direktor des Salomon Ludwig Steinheim-Instituts für deutsch-jüdische Geschichte, Duisburg, den Moses-Mendelssohn-Preis des Landes Berlin. Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wird seit 1979 im zweijährigen Rhythmus an Personen und Institutionen verliehen, die sich um die Verwirklichung der Toleranz im Geiste des Aufklärers Moses Mendelssohn (1729-1786) gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern und Religionen verdient gemacht haben. Michael Brocke wurde damit für seine großen Verdienste um die Erforschung, Bewahrung und Vermittlung jüdischer Kultur im deutschen Sprachraum und darüber hinaus geehrt. Zu den bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern gehören Eva G. Reichmann, Sir Yehudi Menuhin, Teddy Kolek, Wolfgang Thierse, Inge Deutschkron und Hans Koschnick. Wir beglückwünschen Prof. Michael Brocke sehr herzlich und wünschen ihm Ermutigung und neue Kraft durch diese herausragende Auszeichnung – nicht zuletzt für die weitere freundschaftliche wie kollegiale Kooperation zwischen DISS und Steinheim-Institut.

DISS und Steinheim-Institut starten Editionsprojekt

Im Anschluss an das diskurshistorische Forschungsprojekt *Staat, Nation, Gesellschaft. Deutsch-jüdische Publizistik des 19. Jahrhunderts*, das von einem Team des DISS und des Steinheim-Instituts, Duisburg zwischen 2005 und 2006 unternommen wurde, ist mit dem Kölner Böhlau-Verlag ein verlegerischer Partner für das editorische Nachfolgeprojekt gewonnen worden.

Die Edition mit dem Titel *Deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts. Schriften zu Staat, Nation, Gesellschaft* greift die konzeptionellen Beiträge deutsch-jüdischer Autoren zur Vision der gerechten Gesellschaft wieder auf, die schon vor 1871 und erst recht danach von der Mehrheitskultur ignoriert wurden.

Viele deutsch-jüdische Autoren des 19. Jahrhunderts erörterten die Differenz und Konvergenz zwischen Judentum und Christentum und legten vor diesem Hintergrund die ethischen und sozialetischen Anschauungen des Judentums dar. Sie verknüpften die lange ethische Tradition des Judentums mit der modernen Wertedebatte um Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Als Einführung zur Edition – unter dem Titel *Visionen der gerechten Gesellschaft. Der Diskurs der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhundert* – soll im Frühjahr 2009 der Bericht zum Projekt 2005/2006 erscheinen, der nachzeichnet, wie deutsche Juden den Fundamentalismen ihrer Zeit ihre Vision der gerechten Gesellschaft entgegenseht. Ihre Perspektive auf Geschichte und Zeitgeschichte bietet neue herausfordernde Einsichten für die Geschichts- und Kulturwissenschaften.

Die Edition wird im Frühjahr 2009 mit dem Werk von Elias Grünebaum, *Die Sittenlehre des Judentums ändern Bekenntnissen gegenüber* eröffnet. Grünebaum beschreibt die universalethischen Prinzipien im biblischen und antiken Judentum und ihren prägenden Einfluss auf die christliche Lehre. Er besteht auf dem gleichberechtigten Anteil beider Religionen an den Werten Europas. Als im Kaiserreich die jüdenfeindliche Agitation aggressiv aufflammte, gab Grünebaum die 'Sittenlehre' stark erweitert neu heraus. Sein Werk bezeugt, wie christliche Talmudfeinde der Rassenideologie den Boden bereiteten.

Förderkreis des DISS

Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis. Der Förderkreis hilft dabei, die Grundkosten des Instituts teilweise abzudecken. Um unsere Arbeiten „gegen den Strich“ zu Rechtsextremismus, Migration, Biopolitik, Krieg weiterhin durchführen zu können, benötigen wir weitere finanzielle Unterstützung.

Als Förderer (ab 10 € mtl.) erhalten Sie das DISS-Journal und werden auf Wunsch zu den jährlichen Colloquien und Workshops eingeladen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

Bitte spenden Sie auf das Konto 2 090 011 667 bei der Sparkasse Duisburg (BLZ 35050000).

Wessen Ruhr? Unsere Ruhr!

Der Normalismusforscher und Diskurstheoretiker Jürgen Link hat ein beachtenswertes Buch geschrieben. Unter dem Titel „Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der roten Ruhrarmee“ lässt er in einer Vorerinnerung die späten 60er Jahre wieder aufleben, indem er den kollektiven Lebensbericht einer Gruppe linker Akademiker formuliert, die seit dieser Zeit nach den Möglichkeiten einer Kulturrevolution suchen und durch eigene gezielte Interventionen ihr Zustandekommen wahrscheinlich machen wollen.

Das DISS, das seit Jahrzehnten mit Jürgen Link in produktiver Weise kooperiert, kann sein Buch auch deshalb zur Lektüre empfehlen, weil es literarisch anschaulich und dennoch differenziert herausarbeitet, wie in der damaligen (und heutigen) BRD Normalität produziert wird.

Leseprobe:

„Tatsächlich waren wir damals zeitweilig wirklich auch Fahrrad gefahren, als unsere alten Leukoplastbomber von einer Bande von Azubis zerschlitzt und zertrampelt worden waren, öfter aber S-Bahn: Wie wir eher langsam über die hohen Gleiskörper geglitten waren auf halber Höhe der Mietskasernen, auf deren schwarze Rückseiten mit den engen Baikonen und Wäscheleinen der Blick offen war, und wie wir danach unter uns in die Schrebergärten gekuckt hatten, war uns das vorgekommen wie in der Schwebebahn - ob auf dem Fahrrad oder in der S-Bahn oder dann wieder in den nächsten gebrauch-ten Autos und dazwischen eben auch im Ruhrgebiet per Tramp: wir waren durch diese Jahre mit ihren endlos neuen »Ecken«, die uns immer wieder gerade passend entgegenkamen und die wir unsererseits nicht verpassten, immer mit einem weiten Überblick über das Gelände wie von einem Plateau aus hindurchgefahren, und oft genug sogar, wenn ein Coup gegen den V-Trä-ger gelungen war und wir uns sagen konnten, wir hätten uns dabei nützlich gemacht (wie unsere Oma sich auszudrücken pflegte: du könntest dich mal nützlich machen im Garten), waren wir mit viel Übermut im Kopf weiterge-fahren: Wessen Ruhr? Unsere Ruhr!“

Pressestimmen:

„Dass aus der Roten Ruhr-Armee trotz aller Hoffnungen niemals wieder etwas wurde, liefert noch kein Argument dagegen, immer wieder nach ihr zu suchen. Immerhin soll ja unter der historischen RRA alles ganz >normal< abgelaufen sein, wie laut Harry Graf Kessler >alle Korrespondenten< berichten. Wie diese Normalität produziert wird, hat ihn nicht gekümmert. Dass sich die Linke der Bundesrepublik dafür kaum interessiert hat, ist laut Jürgen Link ihr großes Manko gewesen. Seine große Collage von Rekonstruktion und Prognosen aus den Kurvenlandschaften des Ruhrgebiets schließt diese Lücke.“
(Niels Werber in *Literaturen*. Das Journal für Bücher und Themen 10/ 2008)

„Der Roman macht nicht nur einen konkreten Ausschnitt einer zeithistorischen Epoche sichtbar, sondern markiert auch die Anschlussstellen zum heute. (...) Jürgen Link fräst keinen Boulevard durch die Geschichte. Er folgt dem Terrain: über Umgehungsstraßen, vorbei an Brachen und Investitionsruinen -bis man überrascht feststellt, dass 1968 letztlich doch näher liegt, als es auf der Karte aussah.“ Morten Kansteiner, *Mosaik*, wdr3

„... unvergesslich sich einprägende Bilder, subtil-treffsichere Dialoge von typisierten und zugleich sehr lebendigen Personen...“
Hartmut Dreien *Arnos* 1/2008



Jürgen Link
Bangemachen gilt nicht auf der Suche nach der Roten Ruhr-Armee. Eine Vorerinnerung
2008 asso-Verlag Oberhausen
ISBN 978-3-938834-29-9
924 Seiten, 29,90 Euro



Peter, Eva und die Sauerländer

Die Hitparade der Sozialschmarotzer - Höhepunkte des Jahres 2008

In den letzten Jahren war es sogar in der BILD-Zeitung still geworden um den „Sozialschmarotzer“. Alles mäkelte an der Agenda 2010 rum. Stimmen wurden laut, dass Hartz IV in die Armut führe und die Agenda Korrekturen brauche. Rrrrums. Damit ist jetzt Schluss. Beck ist weg und die SPD wieder vernünftig. Die BILD-Zeitung (6.9.2008) lieferte kurz vor dem Ereignis die passende Begleitmusik:

1. Schritt: Titelseite „Professor behauptet 132 Euro Hartz IV im Monat reichen“

Gemein, Schweinerei, Sauerei, herzlos. Die da oben wollen uns Hartz IV wegnehmen.

2. Schritt: Kommentar: „Gefährliche Debatte“ Weltfremde Ideologen zerren von links und rechts an Hartz IV.

„351 Euro bekommt ein erwachsener Hartz IV-Empfänger derzeit monatlich vom Staat – Miete und Heizkosten kommen obendrauf.“

Das ist zu wenig, sagen Lafontaine, seine Rattenfänger und manche Altlinke in der SPD. Ohne eine Idee zu haben, wie eine Erhöhung zu bezahlen wäre.

Das ist zu viel, behaupten jetzt Wissenschaftler der Uni Chemnitz. Sie meinen: 132 Euro würden auch reichen...“

3. Schritt: Die vernünftige Mitte erscheint. Die Kanzlerin spricht in der BILD am Sonntag ein Machtwort: „Diese Studie ist unverantwortlich. Die Bundesregierung wird an den Sätzen nichts ändern.“

4. Schritt: Wer hat jetzt recht? BILD enthüllt die Machenschaften der Finanzjongleure des Prekariats



Platz 4: Luxus (BILD 30.8.2008)

„Luxus-Leben auf Teneriffa!“

Das süße Leben des Sozialschmarotzers Peter K. (64) aus Berlin: Traumvilla auf Teneriffa, Garten mit Palmen, zwei Autos – vom deutschen Staat ergaunerte sich der arbeitslose Ingenieur 80000 Euro Stütze! „Den Staat muss man schädigen“, höhnt er.“

⚠ Nicht schlecht, aber etwas lahm. Als uns vor ein paar Jahren „Miami-Rolf“ auf Seite 1 der BILD vom Strand in Florida aus verlachte, war das fetziger.

Platz 3: Sex (Bild-online, 4.9.2008)



„Morgens kassiert sie Hartz IV – abends verkauft sie sich Der Straßenstrich im Dortmunder Norden. Seit drei Jahren geht Eva (27) hier zwei Tage pro Woche anschaffen. Meist ist es die schnelle Nummer, die bei Eva nie länger dauert als die Halbzeitpause zwischen Schalke und dem BVB. Eva: „Ich verdiene so zwischen 800 und 1000 Euro im Monat dazu. Ich höre auch immer sofort auf, wenn ich genug Geld zusammen habe, um meine Rechnungen zu bezahlen.“

Eva steht nicht nur am Dortmunder Straßenstrich, sondern auch in den Büchern ihres Jobcenters. Laut Bescheid bezieht sie monatlich 641,96 Euro Hartz IV.“

⚠⚠ Auch eine Wiederholung, aber besser. Als „Viagra-Kalle“ sich vor ein paar Jahren Viagra auf Sozialhilfe erschleichen wollte, war der Sex-Betrug nicht visualisierbar. Eva hingegen sieht der BILD-Leser in flagranti.

Platz 2: Abzocke (BILD, 6.9.2008)

„Hartz-IV-Abzockerin zeigt Stinkefinger Erst dreist, jetzt noch rotzfrech! Mit Edeltasche (Louis Vitton) und Stinkefinger – so erschien Hartz-IV-Abzockerin Mirija S. (25) vor dem Berliner Amtsgericht! Während sie monatlich 1499 Euro vom Jobcenter bekam, sollen bis zu 15 Ausländer bei ihr zur Untermiete gelebt haben – für je 100 Euro Miete pro Monat.“

⚠⚠⚠ Der Stinkefinger ist gut ins Bild gesetzt. Aber warum nur 100 Euro Miete?



Platz 1: Terror (BILD 7.9.2008)

„Sauerland-Terroristen bezahlten ihre Bomben mit Hartz IV Der zum Islam konvertierte Fritz Gelowicz soll rund 650 Euro im Monat zur Finanzierung der geplanten Terror-Angriffe beigesteuert haben.“

⚠⚠⚠⚠ Super! 1. Preis! Das erklärt, wie die weltweiten Finanzströme von El Kaida funktionieren. Jetzt muss BILD nur noch aufdecken, bei welcher Arbeitsagentur Osama Bin Laden gemeldet ist.